

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung**

Wortprotokoll
24. Sitzung

Mittwoch, 25. Oktober 2006, 11.04 bis 12.35 Uhr
11011 Berlin, Platz der Republik
Sitzungssaal: Paul-Löbe-Haus, E.800

Vorsitz: Thilo Hoppe, MdB

Öffentliche Anhörung zum Thema:

„Zivil-militärische Zusammenarbeit“

Sachverständige:

Norbert Falkowski	Oberstleutnant im Generalstab, Bundesministerium der Verteidigung
Dr. Ute Finckh-Krämer	Bund für Soziale Verteidigung, Vorsitzende
Dr. Stephan Klingebiel	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Leiter der Abteilung Gouvernance, Staatlichkeit, Sicherheit
Dr. Hans-Joachim Preuß	Deutsche Welthungerhilfe e.V., Generalsekretär

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Dr. Bauer, Wolf
Fischer (Göttingen), Hartwig
Hübinger, Anette
Klimke, Jürgen
Müller (Gera), Bernward
Dr. Nüßlein, Georg
Pfeiffer, Sibylle
Dr. Ruck, Christian

SPD

Groneberg, Gabriele
Dr. Kofler, Bärbel
Dr. Raabe, Sascha
Riemann-Hanewinkel, Christel
Riester, Walter
Dr. Staffelt, Ditmar
Weigel, Andreas
Dr. Wodarg, Wolfgang

FDP

Dr. Addicks, Karl
Königshaus, Hellmut

DIE LINKE.

Aydin, Hüseyin-Kenan
Hänsel, Heike

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hoppe, Thilo
Koczy, Ute

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Borchert, Jochen
Dr. Brauksiepe, Ralf
Flosbach, Klaus-Peter
Frankenhauser, Herbert
Fuchtel, Hans-Joachim
Geis, Norbert
Götz, Peter
Vaatz, Arnold

SPD

Drobinski-Weiß, Elvira
Dzembitzki, Detlef
Hoffmann, Iris
Kolbow, Walter
Schwabe, Frank
Uhl, Hans-Jürgen
Vogelsänger, Jörg
Wegener, Hedi

FDP

Ackermann, Jens
Leibrecht, Harald

DIE LINKE.

Jelpke, Ulla
Ulrich, Alexander

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kurth (Quedlinburg), Undine
Ströbele, Hans-Christian

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.



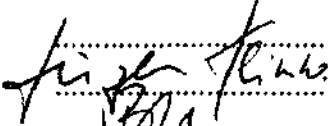

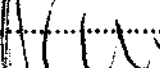

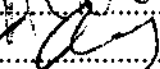

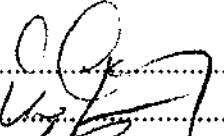
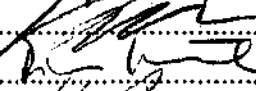
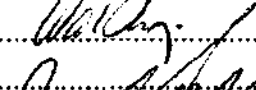
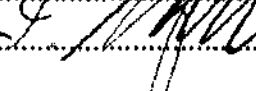
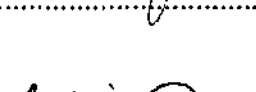
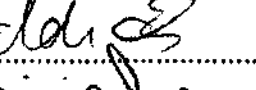
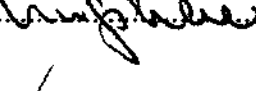
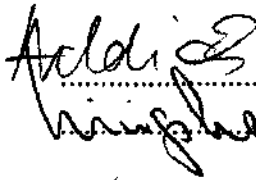
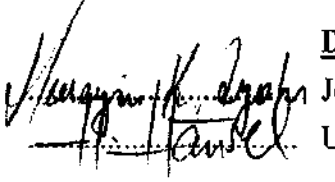
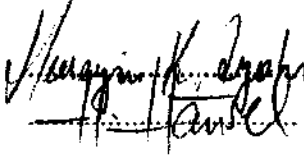

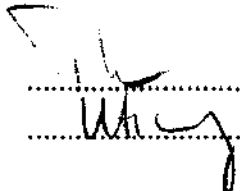
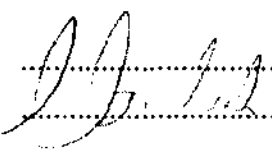
Mittwoch, 25. Oktober 2006 11:00 Uhr

DEUTSCHER BUNDESTAG

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 19 (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Bauer Dr., Wolf		Borchert, Jochen
Fischer (Göttingen), Hartwig		Brauksiepe Dr., Ralf
Hübinger, Anette		Flosbach, Klaus-Peter
Klimke, Jürgen		Frankenhauser, Herbert
Müller (Gera), Bernward		Fuchtel, Hans-Joachim	
Nüßlein Dr., Georg		Geis, Norbert
Pfeiffer, Sibylle		Götz, Peter
Ruck Dr., Christian		Vaatz, Arnold
SPD		SPD	
Groneberg, Gabriele		Drobinski-Weiß, Elvira
Kofler Dr., Bärbel		Dzembitzki, Detlef
Raabe Dr., Sascha		Hoffmann (Wismar), Iris
Riemann-Hanewinkel, Christel		Kolbow, Walter
Riester, Walter		Schwabe, Frank
Staffelt Dr., Ditmar		Uhl, Hans-Jürgen
Weigel, Andreas		Vogelsänger, Jörg
Wodarg Dr., Wolfgang		Wegener, Hedi
FDP		FDP	
Addicks Dr., Karl		Ackermann, Jens
Königshaus, Hellmut		Leibrecht, Harald
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Aydin, Hüseyin-Kenan		Jelpke, Ulla
Hänsel, Heike		Ulrich, Alexander
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Hoppe, Thilo		Kurth (Quedlinburg), Undine	
Koczy, Ute		Ströbele, Hans-Christian

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19)

Mittwoch, 25. Oktober 2006, 11:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

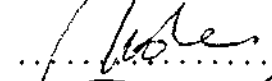

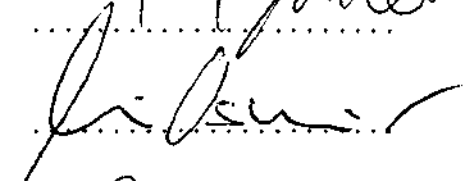
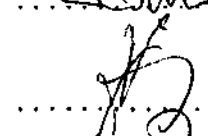
SPD
CDU/ CSU
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
FDP
DIE LINKE.

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Möller	FDP	
Fiecke	FDP	
Jehndner-Ceyll	FDP	Jehndner-Ceyll
Margarete Jacob	SPD	M. Jacob
Kypielew	FDP	F. Kypielew
Ostmanovic	Linke	
Romero	Linke	Romero
Voigt	FDP	
Breidenhoff	Linke	B. Breidenhoff

Beginn: 11.04 Uhr

Der Vorsitzende, Abg. Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, hiermit eröffne ich die 24. Sitzung des AwZ, die öffentliche Anhörung zum Thema Zivil-militärische Zusammenarbeit.

Ich begrüße ganz herzlich unsere Sachverständigen, Herr Norbert Falkowski, Oberstleutnant im Generalstab vom Bundesministerium der Verteidigung, und Frau Dr. Ute Finckh-Krämer, Vorsitzende vom Bund für Soziale Verteidigung. Herr Dr. Stephan Klingebiel vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik war auch schon einige Male bei uns im Ausschuss, genauso Herr Dr. Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe – seien Sie uns herzlich willkommen. Ich begrüße ebenfalls Herrn Kloke-Lesch und Frau Dr. Witteler-Stiepelmann vom BMZ und natürlich unsere Staatssekretärin Karin Kortmann.

Es hat im Vorfeld dieser Anhörung einige Abstimmungsprobleme gegeben, so dass wir erst in der letzten Woche endgültig Klarheit darüber hatten, wer heute als Sachverständiger dabei ist. Aus diesem Grunde kann niemand den Sachverständigen einen Vorwurf machen, wenn es nicht möglich war, in dieser kurzen Zeit eine schriftliche Vorlage auszuarbeiten. Ebenfalls gegenüber der Bundesregierung bitte ich um Verständnis, dass nicht von allen Sachverständigen und von allen Akteuren schriftliche Stellungnahmen vorliegen. Sie werden dann, soweit sie noch nicht da sind, später schriftlich nachgereicht.

An uns ist der Wunsch herangetragen worden, um 12:30 Uhr an der Feierstunde zur Ehrung von Eugen Gerstenmeier teilzunehmen. Obwohl die Sitzung eigentlich bis 12:45 Uhr war, ist es vielleicht möglich, sich noch knapper und präziser auszudrücken, um ein bisschen Zeit zu gewinnen und allen die Teilnahme um 12:30 Uhr an dieser Feierstunde zu ermöglichen.

Ich bitte zunächst den Sachverständigen Herrn Oberstleutnant Falkowski um seine Stellungnahme. Allen Sachverständigen wurde gesagt, dass zehn Minuten das Limit ist. Ich werde darauf achten und dann ein Zeichen geben. Wenn Sie mit neun Minuten auskommen, ist das umso besser. Dann haben wir mehr Zeit für die Aussprache oder können um 12:30 Uhr enden. Bitte schön, Herr Oberstleutnant Falkowski.

Norbert Falkowski, Oberstleutnant im Generalstab: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich dafür bedanken, dass Sie der Bundeswehr, die den militärischen Teil der zivil-militärischen

Zusammenarbeit wahrnimmt, die Gelegenheit geben, zu diesem Thema zu Ihnen zu sprechen.

Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich hoffe, ich werde nicht neun Minuten brauchen, und bitte Sie daher um Verständnis für ein kurzes Statement zur zivil-militärischen Zusammenarbeit im Ausland oder CIMIC, wie wir es im Bundeswehrsprachgebrauch nennen.

Zivil-militärische Zusammenarbeit im Ausland ist seit etwa 1997 ein fester Bestandteil aller Bundeswehroperationen, die zu Lande stattfinden. Hierbei gibt es viele unterschiedliche Aufträge, die in den verschiedensten Einsatzgebieten stattfinden, zum Beispiel auf dem Balkan oder in Afghanistan. Hierbei variieren die Personalstärke und die eingesetzten Mittel und Kräfte stark, wir nennen das „lageangepasst“. So ist zum Beispiel in Bosnien-Herzegowina zivil-militärische Zusammenarbeit ein Aufgabengebiet, das durch drei Soldaten wahrgenommen wird. Das ist der zivilen Situation und der zivilen Lage in Bosnien-Herzegowina angepasst, denn dieser Staat steht vor der Tür Europas und der NATO. Zivil-militärische Zusammenarbeit spielt bei allen Landoperationen der Bundeswehr eine wesentliche Rolle und ist aus militärischer Sicht eine zwingende Notwendigkeit, weil Einsätze in Konflikt- oder Postkonfliktsituationen heutzutage ohne ein ziviles Umfeld nicht mehr stattfinden. Den „großen vaterländischen Krieg“, wie man ihn vielleicht umgangssprachlich bezeichnet hat, die große Auseinandersetzung zwischen NATO und Warschauer Pakt, die ganz andere Vorkehrungen erforderten, gibt es nicht mehr. Einsätze finden heute in zivilen Gesellschaften statt und dienen letztendlich dem Wiederaufbau oder dem Aufbau von zivilen Strukturen. Militärische Einsätze dienen dabei in aller Regel zur Schaffung der Voraussetzung für das, was man Aufbau oder Wiederaufbau nennt und zu diesem Zweck muss der militärische Einsatz dem zivilen Umfeld natürlich angepasst sein.

Ein militärischer Einsatz, der sich aus sich selbst heraus ohne Rücksichtnahme auf ziviles Umfeld generiert, wird in aller Regel nicht besonders erfolgreich sein. Von daher sehen wir zivil-militärische Zusammenarbeit in der Verbindung zum zivilen Umfeld, im Schaffen von Netzwerken und in der Unterstützung des zivilen Umfeldes und beim Wiederaufbau als eine zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Erledigung unserer militärischen Mission.

Ich möchte in diesem Punkt sogar soweit gehen, dass bereits bei der Planung von militärischen Einsätzen zivil-militärische Kooperation dringend notwendig ist. Das Abstimmen von Zielen, Handlungsfeldern, Kooperationsmöglichkeiten und letztendlich dem, was politisch mit diesem militärischen Einsatz bezweckt wird, ist in dieser frühen Phase zwingend erforderlich. Letztendlich sollen die Ziele des „state building“ und des Wiederaufbaus so

effektiv gestaltet werden, dass der teure militärische Einsatz möglichst früh wieder beendet werden kann. Nach dem Motto „keine Entwicklung ohne Sicherheit und keine Sicherheit ohne Entwicklung“ ist der militärische Einsatz in Konflikt- oder Postkonfliktsituationen nach unserer Auffassung nicht unbedingt das Mittel erster Wahl, sondern eine Notlösung. Die Krisenprävention oder Konfliktlösung sollte, wo immer möglich, mit zivilen Mitteln erfolgen.

In den Diskussionen wird den Kräften und Mitteln der zivil-militärischen Zusammenarbeit häufig ein übergeordneter Wert zugeteilt. In Afghanistan befindet sich zum Beispiel nicht einmal ein Prozent unseres Personals. Zivil-militärische Zusammenarbeit findet häufig auch mit nicht hauptamtlich ausgebildetem Personal statt, sondern mit den militärischen Führern vor Ort. Insbesondere in den PRTs (Provincial Reconstruction Teams) in Afghanistan haben wir diese Situation, wo Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und militärische Führer vor Ort die enge Kooperation und Zusammenarbeit suchen. Dabei versuchen sie getrennt, aber mit einem gemeinsamen Ziel vor Augen zu handeln.

Lassen Sie mich damit abschließen, dass zivil-militärische Zusammenarbeit aus Sicht der Bundeswehr nicht nur das ist, was sich in den Projekten oder in der Konkurrenzsituation, wie es häufig dargestellt wird, niederschlägt. „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ ist insbesondere der Austausch von Informationen, das Abstimmen von Zielen, das Abstimmen vom gemeinsamen Vorgehen und letztlich die Verfolgung des gemeinsamen Ziels, militärische Einsätze möglichst früh zu beenden. Ich bedanke mich.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank. Dann kommen wir gleich zu Frau Dr. Finckh-Krämer und bitten um Ihre Stellungnahme.

Dr. Finckh-Krämer, Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung: Auch ich möchte mich sehr herzlich für die Einladung in diesen Ausschuss bedanken und möchte mich zunächst kurz vorstellen. Ich bin Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung, eines friedenspolitischen Fachverbandes, der für aktive gewaltfreie Konfliktbearbeitung auf allen Ebenen der Gesellschaft eintritt – von Familie und Schule bis hin zum Handeln in internationalen Konfliktsituationen. Mein Verband ist zwar in internationalen Projekten in Konfliktgebieten beteiligt, aber nicht in Afghanistan. Von Beruf bin ich Mathematikerin und in der Informationstechnik tätig.

Gewaltfreiheit stellt für meinen Verband sowohl ein Ziel als auch ein Mittel dar. Vor der Überlegung, welche Mittel in der Bearbeitung eines Konfliktes eingesetzt werden können,

steht bei uns die Analyse des Konflikts: Wer sind die Akteure, welche Stärken und Schwächen haben sie, was sind ihre Interessen und Bedürfnisse, Einstellungen und Werte, mit welchen strategischen und taktischen Mitteln und welchen Methoden verfolgen sie ihre Ziele, wie nehmen sie sich selber wahr und wie die anderen Akteure?

Ich gehe davon aus, dass sowohl im Verteidigungsministerium, im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik als auch bei der Welthungerhilfe Verfahren zur Konfliktanalyse eingesetzt werden, wenn auch vielleicht mit etwas anderen Schwerpunktsetzungen als in meinem Bereich. Auch in politischen Auseinandersetzungen sind solche Analysen üblich. Fragen Sie einen Wahlkampfmanager ihres Vertrauens.

Beim Durcharbeiten der Fragen zur heutigen Anhörung ist mir aufgefallen, dass sich keine einzige Frage auf die Analyse des Konflikts und der Konfliktparteien bezieht. Es geht allein um ein Mittel: CIMIC. Ich möchte deswegen am Beispiel Afghanistan mit einigen Stichworten zum Konflikt der verschiedenen Akteure und ihren Interessen beginnen und dann vor diesem Hintergrund das Mittel CIMIC bewerten. Zuletzt möchte ich auf einige grundsätzliche Probleme eingehen, die sich unabhängig von der konkreten Situation bei Anwendung dieses Mittels stellen.

Beginnen wir mit den Akteuren. Es gibt die nationalen Akteure: die Bevölkerung, lokale Machthaber, die Neotaliban, die afghanische Zentralregierung. Dazu kommen die Stammesführer aus dem halbautonomen Grenzgebiet zu Pakistan. Die internationalen Akteure sind einerseits militärisch – die Streitkräfte von *Enduring Freedom* und die als Friedenstruppe unter UN-Mandat, aber auf NATO-Befehl agierenden Streitkräfte der ISAF, die seit dem „Umflaggen“ von US-amerikanischen Einheiten Anfang dieses Monats zahlenmäßig die Koalitionstruppen übersteigen. Weitere Akteure sind die Regierungen der Länder, die zu den jeweiligen Truppenkontingenten beitragen. Es gibt die Interessen der Regierungen bzw. Machthaber der Nachbarländer, von staatlichen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit, von internationalen Organisationen wie dem UNDP und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und schließlich die der zahlreichen NGOs. Ebenso zahlreich wie die Akteure sind deren Interessen und Strategien.

Für unser Thema stehen die Überlebensinteressen der Bevölkerung im Vordergrund. Die Sterberate ist hoch und die Bevölkerung lebt größtenteils in bitterster Armut und ist nicht nur von Krieg, sondern auch von Hunger und Krankheiten bedroht. Die Interessen bzw. Strategien der militärischen und staatlichen Akteure, die Sicherheitsbelange, der Aufbau des

Zentralstaats und die Bekämpfung von Drogenanbau und terroristisch eingestuften Gruppen werden als vorrangig ansehen.

Die Situation in Afghanistan ist nach einer ausführlichen aktuellen Studie des in London ansässigen Think-Tanks *Senlis Council* durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

Die Streitkräfte von *Enduring Freedom* und der ISAF können nicht zwischen Neotaliban, ihren Unterstützern und „normaler“ Zivilbevölkerung unterscheiden; die lokale Bevölkerung kann das aber wohl. Umgekehrt kann die Bevölkerung Afghanistans nicht zwischen den verschiedenen Streitkräften und ihren unterschiedlichen Zielsetzungen unterscheiden. Sie weiß zum Beispiel nicht, dass bestimmte US-Truppen oder britische Truppen Mohnfelder abbrennen, deutsche ISAF-Truppen aber nicht. Durch den Einsatz diverser Spezialkräfte, zu denen auch Kräfte der deutschen KSK gehören, und wegen der zunehmenden Vermischung ziviler und militärischer Aktivitäten muss zwischen Hilfsorganisationen, staatlich-zivilen Aufbauhelfern und Soldaten unterschieden werden.

Die afghanische Bevölkerung nimmt auch wahr, dass die eigene Regierung nicht in der Lage ist, ihre elementarsten Grundbedürfnisse zu erfüllen und dass die zentralstaatlich-afghanischen und die ausländischen Akteure Eigeninteressen verfolgen. Diese können im Extremfall auf für sie lebensbedrohliche Art und Weise ihren eigenen Interessen und Grundbedürfnissen widersprechen. Täglich erleben sie das, was wir aus Statistiken und Zahlen ablesen können. Mit Abstand am meisten Geld fließt in die Militäroperationen von *Enduring Freedom*. Bei den US-Mitteln, die als „Development“ klassifiziert werden, bilden Antidrogen- und Antiterrorkampfmaßnahmen einen Schwerpunkt.

Die wichtigsten Bedürfnisse der Menschen werden auf lokaler Ebene erfüllt. Wir lernen hierzulande gerade, welche Folgen es hat, wenn kommunale Strukturen nicht mehr funktionieren. In armen Ländern ist die Abhängigkeit von lokalen Strukturen ungleich höher als in Industrieländern.

Jede nicht nur kurzfristig wirksame Hilfeleistung setzt ein Anknüpfen an die Erfahrungen der Menschen, die vorhandenen Strukturen, Fähigkeiten und Kapazitäten voraus. Diese zentrale Erkenntnis der Entwicklungszusammenarbeit wurde in Afghanistan sträflich vernachlässigt.

Die *Senlis-Studie* macht zahlreiche konkrete Vorschläge. Dazu gehört ein einziger Vorschlag der in Richtung zivil-militärische Zusammenarbeit geht: Ermöglichung von humanitärer Hilfe und Unterstützung von Hilfsorganisationen bei der Versorgung der Bevölkerung in den

unmittelbaren Kampfgebieten mit Hilfsgütern und medizinischer Hilfe. Diese Empfehlung bezieht sich aber gerade nicht auf die Gebiete, in denen die Bundeswehr tätig ist, sondern auf die Regionen im Süden und Osten des Landes. Die Empfehlungen, die sich auf das ganze Land beziehen, raten zu einer Neuausrichtung des Wiederaufbaus auf die grundlegenden Bedürfnisse der Armen, zur Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in Planung und Durchführung des Wiederaufbaus. Sie schlagen vor, demokratische Institutionen von der lokalen Ebene aus unter Berücksichtigung und gegebenenfalls Nutzung lokaler Systeme sozialer Kontrolle aufzubauen.

Es geht in Afghanistan derzeit also um eine grundlegende politisch-strategische Neuausrichtung der internationalen Akteure. Hierfür wäre eine intensive Zusammenarbeit notwendig, bei der militärisches, entwicklungs- und außenpolitisches Spezialwissen genutzt werden und eine Einigung über miteinander verträgliche Ziele und Methoden herbeigeführt werden muss. Dies fällt allerdings nicht unter die zivil-militärische Zusammenarbeit, über die wir heute reden. Diese konnte und kann die gravierenden Probleme, die sich aus einander widersprechenden Zielen und Handlungsweisen verschiedener Akteure in Afghanistan ergeben haben, nicht abmildern, geschweige denn lösen.

Friedensprozesse erfordern mittelfristig ein gleichberechtigtes Fördern von Sicherheit, staatlicher Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung bzw. einer Basisversorgung der Bevölkerung mit überlebenswichtigen Dingen. In Afghanistan standen und stehen die ersten beiden Faktoren auf Kosten des dritten Faktors im Vordergrund. Für das deutsche ISAF-Kontingent wird ein Vielfaches dessen ausgegeben, was an BMZ-Mitteln für den Aufbau in Afghanistan bereitsteht. Das hat mit dazu beigetragen, dass die Sicherheitslage sich in diesem Jahr verschlechtert statt verbessert hat. Zu den Hauptzielen der zunehmenden Anschläge gehören nationale und internationale Sicherheitskräfte und Regierungsvertreter. Die deutschen PRTs arbeiten zwar mit einem eigenen Konzept, aber im Rahmen des NATO-Operationsplans für die ISAF. Aus diesem ergibt sich ein klarer Fokus auf Sicherheitspolitik inklusive der Unterstützung von Maßnahmen zur Reform des Sicherheitssektors und klassischer militärischer Präsenz- und Erkundungsaktivitäten.

Über die konkrete besonders komplexe Situation in Afghanistan hinaus zeigen sich einige grundsätzliche Probleme einer zivil-militärischen Zusammenarbeit im Sinne von CIMIC, die ich kurz skizzieren möchte:

Die jeweiligen Konfliktparteien können nicht mehr klar zwischen Soldaten und Zivilisten unterscheiden. Daraus kann sich ein erhöhtes Risiko für die zivilen Fachkräfte ergeben, weil

sie als potenziell bedrohlich wahrgenommen werden oder weil eine Situation besteht, in der ausländische Soldaten und deren vermeintliche oder tatsächliche Unterstützer zu bevorzugten Anschlagzielen werden. Die zivilen Akteure sind in der Gefahr, nicht mehr als neutral wahrgenommen zu werden und werden abhängig von den militärischen Akteuren, mit denen sie im Rahmen von CIMIC oder den PRTs zusammenarbeiten. Sie müssen damit rechnen, dass für CIMIC vorgesehene Ressourcen aus militärischen Erwägungen heraus abgezogen werden, ohne dass sie auf diese Entscheidung Einfluss haben. Der aus militärischen Erwägungen heraus und unabdingbare schnelle Wechsel des militärischen Personals steht im Widerspruch zu der Erkenntnis, dass konkrete Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung für mehrere Jahre konstante Bezugspersonen braucht. Nicht umsonst betragen typische Einsatzzeiten in der Entwicklungszusammenarbeit zwei oder drei Jahre.

Wer selbst auf den Schutz durch Bewaffnete vertraut, kann nur schwer vermitteln, dass Bewaffnete ihre Waffen abgeben sollten. Wer Soldaten mit Aufgaben betraut, die aus dem Verständnis einer demokratischen Gesellschaft heraus zivile Aufgaben sind, kann nicht vermitteln, warum im Einsatzland hierfür zivile Strukturen aufgebaut werden sollen.

Ich habe bei meinem schriftlichen Beitrag auf die Quellen, die ich benutzt habe, verwiesen und zum Teil Zitate daraus als Material zur Verfügung gestellt und auf die konkreten Fragen schriftlich geantwortet.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank. Ich möchte noch nachtragen, dass ich auch Herrn Dr. Abramowski von der GTZ ganz herzlich begrüße, der heute auch anwesend ist und uns eine schriftliche Stellungnahme der GTZ zugeschickt hat. Herzlichen Dank dafür.

Jetzt bitte ich Herrn Dr. Klingebiel vom DIE um sein Statement, bitte schön.

Dr. Stephan Klingebiel, DIE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch ich möchte mich sehr herzlich bedanken, dass ich einige knappe Punkte aus meiner Sicht zum Thema zivil-militärische Zusammenarbeit sagen kann. Ich möchte meinen Vortrag anhand von fünf Punkten strukturieren.

Mein erster Punkt ist, dass es wichtig ist, sich in Erinnerung zu rufen, dass die Debatte um das Thema der zivil-militärischen Zusammenarbeit in einem sehr veränderten Kontext stattfindet. Ich will einige Punkte nennen, die aus meiner Sicht ganz wichtig sind.

Der erste Aspekt ist, dass wir es heute mehr mit so genannten lang anhaltenden Nachkriegssituationen zu tun haben, wie z.B. im Kosovo, Afghanistan etc.

Zum Zweiten haben wir es mit einer Situation zu tun, in der entwicklungspolitische Akteure stärker im Bereich der Sicherheitspolitik involviert sind. Ich will ein, zwei Beispiele nennen: Die internationale NRO-Gemeinschaft in Afghanistan hat mehrfach dazu aufgerufen, das ISAF-Mandat in Afghanistan räumlich zu erweitern. In Deutschland stellt man fest, dass die BMZ-Leitung zum Teil ein Vorgehen mit Friedensmissionen befürwortet. Dies ist ein Unterschied zu älteren Debatten.

Ein anderer Aspekt ist, dass andere Politiken zum Teil auch Beiträge der Entwicklungspolitik einfordern. Ich möchte an ein wichtiges Dokument, nämlich die *Europäische Sicherheitsstrategie* vom Dezember 2003 erinnern, wo der Aufruf enthalten ist, dass alle außenorientierten Politiken zusammenwirken sollen.

Der letzte Punkt in der Liste, die sicherlich noch fortzusetzen wäre, ist, dass dadurch, dass die Bundeswehr zunehmend international präsent ist, der Handlungsdruck steigt, das ganze durch andere Politikfelder zu flankieren. All das trägt mit neuen Sicherheitsherausforderungen, auf die ich hier nicht eingehen möchte, zu der heutigen Debatte bei.

Zweitens geht es darum, dass bei dem Begriff CIMIC, oder ZMZ im deutschen Kontext (zivil-militärische Zusammenarbeit), eine Präzisierung vorgenommen werden sollte. CIMIC ist, das meine ich überhaupt nicht oder negativ oder positiv, ein Terminus der militärischen Akteure, wie Herr Falkowski es dargestellt hat. Durch CIMIC soll ein Beitrag geleistet werden, um die eigene Gruppe durch eine höhere Akzeptanz zu schützen. Das ist ein wichtiges Ziel, aber eben kein entwicklungspolitischer Auftrag. Das heißt, wenn wir den Begriff CIMIC oder ZMZ verwenden, sprechen wir von einem militärischen Instrument. CIMIC ist ein spezifischer Terminus, der leider nach wie vor zu oft durcheinander gebracht wird. Aus meiner Sicht ist der Begriff zivil-militärische Zusammenarbeit geeigneter. Ich fände es noch besser, von einem „Zivil-militärischen Verhältnis“ oder von Schnittstellen zu sprechen, weil es nicht unbedingt immer eine Form von Kooperation sein muss, die angestrebt wird. Ich würde dafür plädieren, die Begrifflichkeiten noch besser zu trennen. Herr Falkowski hat das zwar gemacht, aber ich möchte es noch einmal unterstreichen.

Drittens ist es ganz wichtig, dass wir das unmittelbare Verhältnis von Militär- und Entwicklungspolitik gerade im Zusammenhang mit konkreten Friedensmissionen und den

deutschen PRT-Ansatz diskutieren. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Thema aus meiner Sicht deutlich breiter zu sehen ist, was nicht außer Acht gelassen werden sollte. Als Beispiel will ich die Außenunterstützung für die afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur nennen. Das ist ein wichtiger Aspekt, denn da wirken die unterschiedlichen Politikfelder auch von der deutschen Seite auf den Aufbau der Kapazitäten der Afrikanischen Union und anderer subregionaler Einrichtungen ein. Das ist ein ganz zentraler Bestandteil, der zum Teil auch direkte Wirkung haben kann. Denken Sie etwa an die Fähigkeiten der Afrikanischen Union bezüglich des Darfureinsatzes. Wir sagen heute, dass das Ganze an die Vereinten Nationen übergeben werden müsste. Spätestens dann stellt sich auch wieder die Frage, wie es mit einem deutschen Beitrag zu einer UN-geführten Friedensmission etwa in Darfur aussieht.

Mein Plädoyer ist ganz ohne Zweifel, dass die Friedensmissionen einen wichtigen Stellenwert haben. Darüber hinaus will ich als Strukturierungsmöglichkeit fünf Ebenen nennen, wo ich glaube, dass wir ein „Zivil-militärisches Verhältnis“ haben. Das eine ist der allgemeine Nexus zwischen Entwicklung und Sicherheit, der vorhin auch schon mal kurz angesprochen wurde. Entwicklungserfolge oder -defizite wirken sich auf die Sicherheitssituation aus und umgekehrt.

Zweitens gibt es eine Ebene von Strategien und Konzepten der Bundesregierung, etwa der Aktionsplan der Bundesregierung *Zivile Krisenprävention* oder das gemeinsame Afghanistan-Konzept der Bundesregierung. Auch das ist natürlich ein Verhältnis von zivilen und militärischen Akteuren, was sich konzeptionell widerspiegelt.

Im Bereich der Finanzen gibt es unterschiedliche Dinge, die aus meiner Sicht zu beachten sind. Sie kennen die Debatte gerade aus Großbritannien um die African Peace Facility und den Europäischen Entwicklungsfonds. Es gibt noch andere Beispiele, wo diese Frage der finanziellen Ausstattung eine Rolle spielt.

Im operativen Bereich sind Friedensmissionen, der PRT-Ansatz, aber auch in die humanitäre Hilfe zu nennen, dort gibt es die längsten Erfahrungen, was das zivil-militärische Verhältnis angeht. Es können aber auch einzelne Maßnahmen sein, wie etwa das bekannte Beispiel des *Kofi Annan International Peacekeeping Centre* in Accra.

Die letzte Ebene, auf der das relevant ist und zunehmend positiv aufgegriffen wird, ist Ausbildung und Qualifizierung, wie das Austauschpersonal zwischen BMZ oder BM/BMVG

oder auch die entwicklungspolitische Beteiligung an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. All diese Maßnahmen haben langfristig eine große Bedeutung.

Vorletzter und vierter Punkt ist, dass das Verhältnis der Akteure in diesen Situationen überdacht werden muss. Ich glaube, ein bloßes Nebeneinander der Akteure ist unbefriedigend. Wir sollten dazu kommen, dass die Beiträge der verschiedenen Politiken möglichst wirksam und effizient durch ein abgestimmteres Vorgehen angestrebt werden. Damit meine ich nicht ein bloßes Verschmelzen, weil jede Seite natürlich auch bestimmte Vorteile hat. Man könnte diskutieren, inwieweit die militärische Seite mit den CIMIC-Instrumenten in Struktur bildende Fragen eingebunden werden soll. Das ist zumindest in einigen Bereichen ein Problem. Umgekehrt – und den Anspruch erhebt ja auch keiner – macht es auch keinen Sinn, wenn entwicklungspolitische Akteure in militärische Bereiche involviert sind.

Ich denke, man muss das Thema sehr fallbezogen sehen und neben den Potentialen, die ich versucht habe anzureißen, natürlich auch die Risiken erkennen. Sie hatten auf das Stichwort „Versicherheitlichung“ hingewiesen. Auch beim amerikanischen PRT-Ansatz unter dem OEF-Mandat existiert eine Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik. Das können durchaus reale Gefahren sein, die man letztlich in dem Prozess abwägen muss.

Mein fünfter und letzter Punkt ist, dass ich glaube, dass was wir in Deutschland tatsächlich eine allgemeinere Diskussion darüber führen sollten, wie politikfeldübergreifende Modelle aussehen könnten. Der Aktionsplan *Zivile Krisenprävention* und der Umsetzungsbericht, der Ende Mai vom Kabinett verabschiedet wurde, sind erste Ansatzpunkte, die aus meiner Sicht noch nicht ausreichend sind, gerade wenn es um solche Modelle geht. Heute wird das Weißbuch vorgestellt. Ich bin gespannt, ob sich daraus entsprechende Modelle ableiten lassen.

Ich denke, wir sollten auf internationalem Niveau Dinge wie 3-D-Modelle (defense, diplomacy, development) und auch *whole-of-government approaches* diskutieren. Daraus können wir lernen, wie insgesamt ein Modell aussehen könnte und wo diese Politikfelder besser miteinander arbeiten können. An dieser Stelle der Hinweis, dass *whole-of-government* sicherlich noch verkürzt ist, weil es das parlamentarische Arbeiten betrifft und man bei so einem Thema durchaus politikfeldübergreifend diskutieren könnte. Herzlichen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Klingebiel. Nun zu Herrn Dr. Preuß von der Deutschen Welthungerhilfe, der uns sicherlich auch Beispiele aus der Praxis bringen wird. Bitte schön, Herr Dr. Preuß.

Dr. Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe e.V.: Danke, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Auch ich freue mich, dass wir als nichtstaatliche, als Nichtregierungsorganisationen im Ausschuss vortragen können. Vor allem deswegen, weil nichtstaatliche Organisationen, darauf hat Herr Dr. Klingebiel schon hingewiesen, zunehmend Schnittstellen bzw. Kontakte zu Streitkräften in vielen Ländern des Südens haben. Insofern denke ich, dass das eine wichtige Auseinandersetzung ist, der sich Nichtregierungsorganisationen stellen müssen und der sie sich auch stellen. Ich verweise gerne auf die in Kabul zusammengestellte zehnjährige Stellungnahme, die ich aufgrund des Fragenkataloges abgegeben habe. Sie wurde nicht nur von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Welthungerhilfe, sondern auch anderen dort tätigen Hilfsorganisationen, zusammengestellt, so dass Erfahrungen relativ plastisch dargestellt werden. Deswegen will ich auch nicht auf den schriftlich vorgelegten Beitrag rekurrieren, sondern mich im Wesentlichen mit den *integrated missions* und ihren Möglichkeiten, aber auch mit ihren Begrenzungen und den Risiken beschäftigen.

Wir als entwicklungspolitische und humanitäre Akteure stellen fest, dass bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit als entwicklungspolitischem oder humanitärem Instrument Expertise bei der Identifikation von Projekten und Programmen und bei deren Implementierung fehlt. Außerdem gibt es relativ wenig partnerschaftliche Kooperation mit lokalen zivilen Akteuren und die Nachhaltigkeit solcher Maßnahmen wird erheblich in Frage gestellt. Dieses zivil-militärische Zusammensein oder diese Kontakte spielen sich häufig in so genannten *integrated missions*, wie z.B. den PRT ab. Ich glaube, es gibt sehr viele unterschiedliche Formen dieser Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Sie finden unter amerikanischer, britischer oder deutscher Führung statt und das ganze Konzept ist aus unserer Sicht ständig im Fluss und insofern gibt es keine abschließende Wertung. Das einzige, was wir hier sagen können ist, dass die Integration in dem deutschen Drei-Säulen-Modell am wenigsten fortgeschritten und im Vergleich zu den amerikanischen oder britischen Ansätzen eher modellhaft ist. Die PRTs sind eine Form dieser so genannten *integrated missions*. Es gibt sie nicht nur in Afghanistan, sondern sie werden auf UN-Ebene auch für andere Länder durchdacht, diskutiert und geplant. Deswegen beschäftigen sie uns als Hilfsorganisation besonders.

Diese *integrated missions* haben, und das kann man modeltypisch sehen, vier wesentliche Komponenten. Vielleicht fühlen sie sich hier auch an die PRTs erinnert. Einmal geht es um die umfassende Planung dieser integrierten Mission, d.h. es wird auch von politischer, von militärischer, humanitärer und entwicklungspolitischer Seite definiert, was das Ergebnis einer solchen Mission sein wird.

Zweitens werden aufgrund dieser Zieldefinition Strategien entwickelt, wie diese Ergebnisse durch klare Aufgabenzuweisungen für die verschiedenen Akteure erreicht werden sollen. Diese Strategien werden bei der Implementierung natürlich überprüft. Wichtig ist, dass auch aus entwicklungspolitischer Sicht überprüft werden soll, inwieweit militärische, politische und andere Maßnahmen Auswirkungen auf die humanitäre Situation haben.

Der letzte Punkt ist, dass es bei den *integrated missions* zu einer gemeinsamen Analyse und Bewertung der durchgeführten Aktivitäten kommt und damit eine Korrektur erfolgt. Wir glauben, dass solche integrierten Ansätze durchaus eine Reihe von Vorteilen haben können. Es mag Sie erstaunen, dass das aus Sicht einer Nichtregierungsorganisation genannt wird. Ich nenne drei Vorteile:

Erstens lassen sich aus unserer Sicht Länder oder Regionen, die im Augenblick von bewaffneten Auseinandersetzungen betroffen sind, weder durch humanitäre Hilfe allein noch durch militärische Interventionen allein befrieden. Es braucht die von mir genannten politischen, entwicklungspolitischen, militärischen, polizeilichen und humanitären Elemente, um eine langfristige selbst tragende Entwicklung zu ermöglichen.

Zweitens führen integrierte Ansätze zu einem institutionalisierten Dialog zwischen all denen, die an Befriedung und Wiederaufbau beteiligt sind. Dies ist keine hinreichende, aber auf jeden Fall eine notwendige Bedingung, um Interessenskonflikte überhaupt auf den Tisch zu bringen und, wenn möglich, zu lösen.

Drittens kann aus unserer Sicht der Einsatz des Militärs manchmal die einzige Möglichkeit sein, Hilfe zu den Opfern bewaffneter Konflikte zu bringen, wenn z.B. akut Kampfhandlungen ausgetragen werden, wenn die Sicherheitslage prekär ist oder wenn humanitäre Organisationen aus verschiedenen Gründen nicht mehr arbeiten können. Aber – und hier komme ich zu den Begrenzungen – die humanitäre Hilfe zielt nicht vorrangig darauf ab, Frieden zu stiften und eine langfristige Entwicklung zu ermöglichen, sondern vorrangig Leben zu retten und menschliches Leiden zu verringern. Diesem humanitären Imperativ, dieser Zielsetzung ordnen sich alle anderen Ziele unter und auch die Maßnahmen werden

dementsprechend gestaltet. Aus unserer Sicht sind auch integrierte Ansätze, wie die Provincial Reconstruction Teams, nicht darauf beschränkt nur den Dialog zu fördern, sondern sie beanspruchen für sich, alle Maßnahmen auf eine gemeinsame Zielsetzung auszurichten und das ist natürlich ein Problem insbesondere für humanitäre Akteure.

Das Militär ist in Afghanistan auch dann mit zivil-militärischen oder humanitären Aktivitäten beschäftigt, wenn es bereits humanitäre Akteure gibt, die diese Aufgaben übernehmen könnten und die ebenfalls in den genannten Regionen tätig sind. Dies entspricht nicht dem Grundsatz der Subsidiarität und auch nicht dem selbst gestellten Anspruch der Militärs, sich dann zurückzuziehen, wenn es humanitäre Akteure gibt.

Ein weiterer Punkt ist die Frage nach den Risiken, die sich mit solchen humanitären Ansätzen verbinden lassen.

Erstens, wenn humanitäre Hilfe in eine politische oder in eine militärische Strategie integriert wird und wenn humanitäre Hilfe von der nationalen Regierung oder von außen instrumentalisiert wird, dann besteht die Gefahr, dass Aufständische oder große Teile der Bevölkerung die Hilfsorganisationen als Gegner ansehen. Daraus können erhebliche Sicherheitsrisiken für die entsandten Kolleginnen und Kollegen und für lokale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entstehen.

Zweitens stellen wir fest, dass Mittel für humanitäre Hilfsorganisationen oder für Entwicklungspolitik bevorzugt dort bereitgestellt werden, wo bereits integrierte Ansätze verfolgt werden. Damit geraten die Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe unter einen stärkeren Einfluss von sicherheitspolitischen Entscheidungen und Mittelallokationen. Ein möglicher Effekt bei gleich bleibenden Mitteln ist, dass vergessene Konflikte oder solche mit geringerer Sicherheitsrelevanz für den Westen unzureichend berücksichtigt werden. Das sind Risiken, die sicherlich dann auftreten werden, wenn es zu mehr *integrated missions* kommt. Dies sollte berücksichtigt werden, wenn solche *integrated missions* wie die PRTs unterstützt werden.

Abschließend noch ein Appell von meiner Seite. Wenn man die Streitkräfte schon nicht daran hindern kann, sich auf ihre Kernkompetenz zu konzentrieren und sie sich an Aktivitäten beteiligen, die man mit humanitärer Hilfe, Wiederaufbau oder Entwicklungszusammenarbeit verwechseln könnte, dann sollten sie eindeutig als militärische Einheiten gekennzeichnet sein. Sie sollten nicht zivil gekleidet sein, sie sollten es vermeiden, Fahrzeuge zu benutzen, die denen von Hilfsorganisationen ähnlich sehen und sie sollten vor

allem nicht öffentlich bekunden, dass alle beteiligten Akteure, seien es Politiker, Militärs oder humanitäre Hilfe, die gleichen Ziele verfolgen. Dem ist nicht so. Ich danke Ihnen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Preuß. Ich eröffne jetzt die Aussprache. Wer möchte das Wort? Herr Königshaus.

Abg. Hellmut Königshaus (FDP): Ich habe zunächst eine Nachfrage an Herrn Falkowski. Heute mussten wir in der Bild-Zeitung über Ereignisse lesen, die die Stimmung in Afghanistan, aber auch in der islamischen Welt insgesamt gegenüber dem deutschen Militär und wahrscheinlich gegenüber unserem Land insgesamt beeinflussen werden. Das ist natürlich vor dem Hintergrund dessen, was wir eben gehört haben noch alarmierender. Meine Frage ist, inwieweit ist es Gegenstand der Erörterung, wie man auf diese Situation reagieren möchte?

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Riemann-Hanewinckel, danach Frau Hänsel.

Abg. Christel Riemann-Hanewinckel (SPD): Ich habe Fragen an Herrn Preuß und an Herrn Dr. Klingebiel.

Herr Preuß, ich habe Ihre schriftliche Stellungnahme sehr genau gelesen und habe an zwei Stellen Probleme. Sie sagen deutlich, dass es um die Begrenzung der unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure geht, die unterschiedliche Aufgaben haben. Das kann ich nur unterstreichen. Trotzdem gibt es auch entsprechende integrierte Ansätze. Da ist es besonders wichtig zu wissen, wer was zu tun hat und wie vor allen Dingen die Absprachen aussehen. Da kommt es nicht unbedingt auf Vermischung oder Verwischung an, sondern darauf, dass es verschiedene Aufgaben gibt. Ich hätte gerne ein oder zwei Beispiele, woran Sie deutlich machen können, wo das Problem der Verwischung oder Vermischung zu sehen ist.

Bei Ihrem schriftlichen Text habe ich ein Problem, das Sie mir vielleicht erklären können. Sie haben auf Seite acht geschrieben, dass die Sicherheitslage in Afghanistan jetzt schlechter ist, als zu Zeiten der Mudschahedin und der Taliban. Darüber bin ich verblüfft und würde gerne wissen, wie Sie das meinen und ob das tatsächlich so ist.

Obwohl Sie das jetzt etwas deutlicher gemacht haben, bin ich über den Punkt auf der Seite sechs gestolpert. In Ihrer schriftlichen Einlassung habe ich Sie zunächst so verstanden, dass Sie eigentlich gar keine militärische Intervention brauchen, um so etwas wie Frieden zu

ermöglichen. Wenn aber die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen ohne militärischen Schutz nicht mehr möglich wäre, dann müssten sie eigentlich gehen. Ich habe nicht genau verstanden, wo die Grenze ist, denn Ihr schriftliches Statement legt eigentlich nahe, dass es das Beste wäre, dass es keinerlei militärische Versuche für eine so genannte, ich sage es bewusst auch in Anführungsstrichen, „Befriedung“ gäbe.

Nun meine Frage an Herrn Dr. Klingebiel. Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme auf Seite vier unter Fazit mitgeteilt, dass im Hinblick auf die angestrebten Wirkungen von politikfeldübergreifenden Ansätzen bislang keine ausreichenden Analysen vorlägen. Das ist mir sehr einleuchtend. Wir haben auch gehört, dass es unterschiedliche Ansätze gibt, je nachdem, welches Land dahinter steht. Würde es denn jetzt schon sinnvoll sein, in dieser Richtung Untersuchungen voranzubringen, oder brauchen wir noch mehr Erfahrungen? Dann wäre es vielleicht sinnvoll, wenn das Ministerium dafür Geld zur Verfügung stellen und entsprechende Untersuchungen fördern würde.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Hänsel, danach Herr Dr. Ruck.

Abg. Heike Hänsel (DIE LINKE.): Danke für die verschiedenen Vorträge. Ich habe auch verschiedene Fragen. Meine ersten Fragen gehen an Herrn Preuß und anschließend an Frau Finckh-Krämer.

Es gibt natürlich unterschiedliche Konflikte oder Krisensituationen mit unterschiedlichen Hintergründen. Ich würde gern noch zwischen Ländern wie dem Kosovo oder Afghanistan unterscheiden, denen ein Völkerrechtskrieg vorausging und in denen die Soldaten, die dieses Land angegriffen, jetzt dort präsent sind. Dann gibt es Truppen, die im Rahmen einer UN-Mission in die Region kommen und zum Beispiel einen humanitären Korridor schützen müssen, damit Entwicklungshilfe möglich wird. Hier muss eine Unterscheidung getroffen werden, weil es sonst Überschneidungen gibt, wie Militärpräsenz in der Region bewertet wird.

Ich hätte eine Nachfrage dazu, dass die Sicherheitslage in Kabul schlechter ist als zu Zeiten der Mudschahedin und der Taliban. Ich würde gerne ein paar Sätze zu den Erfahrungen der Entwicklungszusammenarbeit vor dem Krieg gegen Afghanistan und der Besetzung dieses Landes hören. Welche Möglichkeiten gab es und wie sind die Möglichkeiten unter diesem militärischen Schutz gewachsen?

Dann meine Frage an Herrn Falkowski. Bei den Antworten von der Welthungerhilfe ist die Beschwerde herauszuhören, dass sich die Bundeswehr vor Ort zivil bewegt – auch mit zivilen Jeeps. Da würde ich konkret nachfragen, wieso Sie das machen, welcher Strategie das entspricht und ob das überhaupt mit dem BMZ und dem Verteidigungsministerium abgestimmt ist. Wer gibt ihnen die Erlaubnis, als Zivilist aufzutreten, wenn sie eigentlich Soldaten sind? Das halte ich für eine ganz große Gefährdung und ich finde es schon fast verantwortungslos, diese Präsenz vor Ort bewusst zu vermischen.

Des Weiteren würde mich interessieren, wie eine Zusammenarbeit vor Ort in so einem PRT konkret funktioniert. Wie wird abgestimmt, wer gibt Vorschläge, welche Projekte werden durchgeführt und wer evaluiert?

Meine Nachfrage an Herrn Klingebiel bezieht sich auf die grundsätzliche Einschätzung der sicherheitspolitischen Vorstellungen für die nächsten Jahre. Sie haben ein Weißbuch angekündigt und gesagt, dass Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik zunehmend Schnittstellen haben werden. Ein integrierter Ansatz, der sich in den Projekten und in dem politischen Ansatz festmacht, muss weiterentwickelt werden.

Meine grundsätzliche Frage dazu ist allerdings, ob es nicht auch mit unserem Sicherheitsbegriff und auch den Bedrohungen, die wir skizzieren, wenn Sie das Weißbuch ansprechen, zusammenhängt? Wenn zur Sicherheit zukünftig gehört, den freien Welthandel und den Zugang zu Ressourcen zu schützen und das zunehmend mit Entwicklungspolitik gekoppelt werden soll, dann stehen wir vor großen Problemen. Dann wird sich auch zeigen, welche zukünftigen gemischten Interventionen wir in Ländern haben, wo es nicht, wie Herr Preuß sagt, vielleicht des Militärs bedarf, um eine bestimmte humanitäre Situation zu sichern, also zu sagen, ich muss dort Hilfe gewährleisten können und da brauche ich für einen begrenzten Zeitraum Soldaten, damit Entwicklungskonvois nicht angegriffen werden. Dann entsteht natürlich eine interessen geleitete Entwicklungszusammenarbeit, die militärische Intervention absichern soll, der aber nicht enge sicherheitspolitische Interessen für die Bevölkerung in der Region zugrunde liegen, sondern westliche Sicherheitsinteressen. Deshalb meine Frage, wie Sie diese politische Einschätzung da rechtfertigen, die Sie hier beschrieben haben.

An Frau Dr. Finckh-Krämer habe ich eine Nachfrage, die den Bund für Soziale Verteidigung betrifft. Weil dies ein Instrument der Entwicklungszusammenarbeit bzw. Konfliktbearbeitung ist, das im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit finanziert und unterstützt wird, frage ich mich, wie es sich bezüglich zivil-militärischer Kooperation verhält, welche Erfahrungen

und Einstellungen es gibt und wo Sie vielleicht Alternativen sehen würden, mit denen man sich unabhängig von dem gesamten Ansatz der zivil-militärischen Zusammenarbeit macht? Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Dr. Ruck. Danach Frau Koczy.

Abg. Dr. Christian Ruck (CDU/CSU): Wir halten die Feststellung für ganz wesentlich, dass es in vielen Fällen so ist, dass die Bundeswehr im Verein mit anderen Verbündeten erstmal die Voraussetzungen schafft, damit wieder Entwicklung stattfinden kann. Wir finden, dass auch die Diskussion ob das Schnittstellenmanagement optimal verläuft, wichtig und richtig ist. Dazu habe ich zwei Fragenkomplexe.

Der eine Fragenkomplex richtet sich an Herrn Preuß. Ich habe immer noch nicht ganz verstanden, was Sie mit „unterschiedlichen Zielen und unterschiedlichen Aufgaben“ gemeint haben. Dass die Aufgaben unterschiedlich sind ist logisch, aber dass die Ziele unterschiedlich sein müssen, hätte ich gerne noch einmal erklärt.

Zweitens: Im Zusammenhang mit der Afghanistandebatte habe ich mich bei Entwicklungsexperten erkundigt, die seit Monaten und Jahren vor Ort tätig sind und die Situation gut kennen. Sie sagen, dass Entwicklungszusammenarbeit an vielen Stellen in Afghanistan deswegen nicht stattfindet, weil es die Sicherheitslage nicht hergibt, und haben uns empfohlen, zwei Dinge zu tun. Entweder eine Afghanisierung der Entwicklungszusammenarbeit in diesen Regionen oder eine Ausweitung von ISAF. Ich war auch mal in Kabul und habe Ihre Kollegen vor Ort getroffen und sehr Interessantes erfahren. Mich würde interessieren, welche konkreten Vorschläge Sie für die Gebiete hätten, wo Entwicklung nicht stattfindet, weil die Sicherheitslage zu prekär ist.

Dann habe ich eine Frage an Herrn Klingebiel. Sie sind ja auf mehrere wichtige Punkte eingegangen, aber zwei Punkte bitte ich noch zu vertiefen. Das Nebeneinander der Akteure verläuft unbefriedigend, sagen Sie, und es müsste noch ein abgestimmteres Verhalten geben. Vielleicht könnten Sie das noch ein bisschen detaillierter schildern. Sie sagten, auch mit Blick auf Darfur wäre es wichtig, unser Augenmerk auf unsere Politik gegenüber regionalen Zusammenschlüssen und deren Krisenbewältigung und CIMIC-Fähigkeit zu richten. Das halte ich für einen ganz wichtigen Aspekt. Vielleicht können Sie noch ein bisschen vertiefen, was wir da konkret tun können.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Koczy, danach Herr Weigel.

Abg. Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. Ich will zunächst etwas Grundsätzliches sagen. Ich halte diese Anhörung für sehr wichtig. Sie findet in einem sehr kritischen Augenblick statt, denn wir stehen vor der Situation, dass wir in Afghanistan nur noch begrenzt Zeit haben, tatsächlich positive Entwicklungen zu implementieren. Afghanistan steht im wahrsten Sinne des Wortes auf der Kippe und es kann sich zeigen, dass der internationale Einsatz so schlecht gemanagt war, dass wir zu keinem positiven Ergebnis und keinen positiven Folgen kommen. Diese Dramatik muss man ansprechen und deutlich darauf hinweisen, dass es zu einer Erschwerung der Gesamtweltsicherheitslage kommen wird. Die Fehler sehe ich hauptsächlich darin, dass man im zivilen Bereich nicht massiv genug auftritt und vehement genug die Forderungen einklagt. Deswegen ist es so wichtig darüber zu diskutieren, wie man in Zukunft mit diesen beiden Bereichen des CIMIC umgeht, um diesen Aspekt zu unterstützen. Einige Vertreter haben darauf hingewiesen, dass es eigentlich eher „zivil-militärisch“ als „militärisch-zivil“ heißen müsste.

Ich finde es auch wichtig darauf hinzuweisen, dass wir die Diskussion zum Weißbuch haben. Ich finde es blamabel, dass wir erst über die Kabinettsituation zum Diskutieren kommen, wo meiner Meinung nach die Auslandseinsätze im Vordergrund vieler politischer Entscheidungen stehen, wenn ich das erste Jahr dieser Legislatur ansehe. Wir stellen uns immer wieder den Auseinandersetzungen und führen Diskussionen darüber, wie wir uns als Angeordnete dazu verhalten müssen.

Unsere Position ist, dass wir gerade in Afghanistan eine öffentliche Zwischenbilanzierung der Auslandseinsätze brauchen, so schwer die einzelnen Bewertungen auch fallen werden. Zu einer ehrlichen, unabhängigen und systematischen Zwischenbilanzierung ist es noch nicht gekommen, obwohl sie unabdingbar für das weitere Verhalten ist, weil man da Fehler identifizieren und vielleicht auch Schlüsse ziehen kann, die für die Zukunft wichtig sind. Das gilt gerade in Afghanistan, vor allem weil wir es hier oftmals mit einem sehr unglücklichen entgrenzten Verteidigungsbegriff zu tun haben. Wenn man von der Verteidigung am Hindukusch redet, dann führen diese Begriffe zu einer Chaotisierung des Völkerrechts.

Eine deutsche Sicherheitsstrategie, die klärt, wie man in diesem Zusammenhang in Afghanistan auftritt, ist überfällig. Wir brauchen wirksame und angemessene Antworten auf asymmetrische Bedrohungen. Der Kampf gegen den Terrorismus, unter dem der Einsatz in Afghanistan läuft, sollte sehr viel genauer in die Aufmerksamkeit gerückt werden.

Ich mahne an, dass wir im Bundestag die ziemlich makabere Situation haben, dass wir nicht fähig sind, das Thema ressortübergreifend zu behandeln. Diese Ressortborniertheit führt dazu, dass wir in diesen Fragen nicht weiterkommen. Ich finde, das sind grundsätzliche Sachen, die man hier ansprechen muss, Frau Riemann-Hanewinkel. Die Organisationen treten parallel auf, aber wir sind nicht fähig, unsere Ansprüche als Entwicklungspolitikerinnen an das Militär deutlich genug und auf Augenhöhe zu formulieren. Auch hier im Parlament bekommen militärische Einsätze die größte Aufmerksamkeit, viel Geld und das mediale Interesse. Wenn man dann noch fordert, dass Geld für langfristige Maßnahmen gebraucht wird und Institutionen ausgestattet werden müssen, die dann über mehrere Jahre oder vielleicht Jahrzehnte agieren, dann fällt man in kleinkariertes Denken zurück und konterkariert die Maßnahmen, die wir haben. Wir sind ja nicht in Afghanistan, um irgendwelche kurzfristigen Ziele zu erreichen, sondern wir haben die schwierige Aufgabe, *nation building* zu machen, und da muss man in Jahrzehnten denken und nicht nur in kurzen Etappen. Deswegen ist es so wichtig, diese Fragen auch zu stellen oder darauf hinzuweisen.

Man kann darüber spekulieren, was man hätte tun sollen und wie es noch besser wäre, aber meine Frage wäre ganz konkret, was wir jetzt aus Ihrer Sicht für Afghanistan brauchen. Soll es so weiterlaufen wie bisher oder haben Sie ganz konkrete Vorschläge, was wir auf politischer Ebene tun könnten und müssten?

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Weigel, danach ist noch Herr Dr. Wodarg auf der Rednerliste, die ich hiermit schließen kann. Dann schaffen wir es auch, in der Antwortrunde bis 12:30 Uhr fertig zu werden.

Abg. Andreas Weigel (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Die bisherigen Beiträge führen ja fast dazu, dass man die Diskussion sehr allgemein führen möchte und auch reagieren möchte. Ich will aber auf die Frage der zivil-militärischen Zusammenarbeit, insbesondere unter dem Gesichtspunkt von CIMIC zurückkommen. Ich bin zunächst einmal den Vortragenden recht dankbar, insbesondere Herrn Dr. Klingebiel, der sehr deutlich und pointiert auf die Unterscheidung zwischen den Begrifflichkeit und den Aufgaben von CIMIC und anderen entwicklungspolitischen Aktivitäten hingewiesen hat. Das ist im Prinzip auch der Ansatz, den ich unterstütze und den ich für wichtig halte. Ich finde es notwendig, dass wir deutlich machen, dass CIMIC nicht subsidiär und auch nicht nachhaltig in seiner Arbeit, sondern in erster Linie ein Instrument ist, was unter dem Begriff „force protection“ zum Schutz und zur Sicherheit der Soldaten angesiedelt ist.

Das bringt mich zur ersten Frage, die ich an Herrn Falkowski richten möchte. Wir erleben, dass CIMIC sicherlich ein Instrument ist, was im Ansatz gut und richtig erscheint. Jedoch besteht bei längerer Anwendung die Gefahr, dass durch CIMIC das ursprüngliche Ziel vernachlässigt und aus dem Blick verloren wird. Von daher ist meine Frage, wie es sich die Bundeswehr selber vorstellt, CIMIC nicht nur zeitlich, sondern auch in der inhaltlichen Abstimmung mit anderen Akteuren als ein temporäres Instrument einzusetzen. Wie können Duplizitäten vermieden und eine klare Abgrenzung der Aktivitäten der Bundeswehr erreicht werden? Das erscheint mir gerade im Kosovo in den vergangenen Jahren nicht ganz geglückt zu sein. Insofern ist meine Frage, wie wollen Sie dieses Konzept stärker auf die Ursprünge zurückführen?

Die zweite Frage geht an Herrn Dr. Klingebiel. Sie hatten mehrfach auf den Aktionsplan *Zivile Krisenprävention* hingewiesen. Ich bin Ihnen dankbar dafür, weil das ein guter Ansatz aus der vorangegangenen Legislaturperiode gewesen ist, auch mit Unterstützung unseres damaligen Koalitionspartners, der heute offensichtlich viele Sachen wieder vergessen hat. Der Aktionsplan *Zivile Krisenprävention*, der auch in die Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit eingebunden ist, führt mich noch mal zu der Frage, wie Sie diesen Aktionsplan fortführen wollen. Wie kann man diesen Aktionsplan mit Hinblick auf die Ressorttrennung und die Rivalitäten der Ressorts anwenden? Was müsste Ihrer Meinung nach geschehen, um die guten Ansätze dieses Aktionsplanes auf der legislativen, aber auch auf der administrativen Ebene besser in Anwendung und Umsetzung zu bringen?

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Dr. Wodarg.

Abg. Dr. Wolfgang Wodarg (SPD): Wenn wir über zivil-militärische Zusammenarbeit sprechen, sollten wir ansprechen, dass es nicht nur Militär gibt, welches dem staatlichen Gewaltmonopol unterstellt ist, sondern es inzwischen zunehmend Militär gibt, welches eben nicht dieser staatlichen Kontrolle unterstellt ist. Es handelt sich um zivil-militärisch tätige Dienstleistungsunternehmen, die Aufträge annehmen und in den Ländern tätig sind. In Afghanistan steht dies vielleicht nicht so im Vordergrund, wie in anderen Regionen der Welt. Für mich ist es wichtig, von Ihnen zu hören, ob Sie hier konkrete Erfahrungen haben oder ob man zu diesem Thema nicht eine eigene Anhörung machen sollte. Vielleicht könnten Sie uns bei dieser Gelegenheit auch Ihre Erfahrungen zu den Konflikten, die damit auftreten, nennen, denn da haben wir als Parlamentarier wenig Einfluss.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank. Dann kommen wir zu der Antwortrunde. Wenn jeder Sachverständige sich etwa an sechs Minuten oder weniger hält, dann liegen wir gut in der Zeit. Wir gehen in umgekehrter Reihenfolge vor und beginnen mit Herrn Dr. Preuß.

Dr. Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär, Deutsche Welthungerhilfe e. V.: Vielen Dank für die Fragen. Ich möchte mit dem Missverständnis aufräumen, dass wir per se gegen Militäreinsätze wären, beziehungsweise militärische Mittel für überflüssig halten. Ich glaube, wir haben viele, vielleicht zu viele Stellen in der Welt, wo eine Friedenserzwingung ohne Militäreinsatz überhaupt nicht vorstellbar ist, und ich gebe Ihnen vollkommen Recht, dass wir in vielen Situationen erst eine Sicherheitssituation herstellen müssen, bevor es sowohl zu humanitären als auch zu entwicklungspolitischen Aktionen kommen kann.

Gleichwohl möchte ich sagen, dass es eine ganze Reihe von Zwischensituationen zwischen einer kriegerischen Auseinandersetzung oder prekären Situationen und einer Situation, wo humanitäre Hilfe oder Entwicklungszusammenarbeit oder Wiederaufbau möglich ist, gibt. Da ist natürlich die Gefahr solcher Vermischungen relativ deutlich. Frau Riemann-Hanewinkel, Sie haben gefragt, wo es so etwas gibt. Wenn Militärs darüber verwundert sind, dass sie zum Beispiel beim Betreten der Gebäude von nichtstaatlichen Organisationen ihre Waffen ablegen sollen, ist das für uns eine prekäre Situation. An allen möglichen Ecken sitzen Leute mit einem langen Bart, die sich fragen, was denn der Soldat bei der Welthungerhilfe macht. Sie müssen dies im Prinzip alle drei Monate wieder predigen, weil die Kontingente entsprechend häufig wechseln. Gerade hier gibt es auch andere Beispiele. Auch die Benutzung von Fahrzeugen ohne Kennzeichen ist natürlich problematisch. Es müsste verhindert werden, dass die Fahrzeuge von der Farbe her gleich sind. Eine größere Sorgfalt über die mögliche Wirkung auf humanitäre Akteure ist angebracht.

Dass die Sicherheitslage schlechter ist als zu Zeiten von Mudschahedin und Taliban ist keine Erfindung von nichtstaatlichen Organisationen, sondern ein Befund, der auch von unabhängiger Seite so festgestellt wird. Es gibt dafür sehr vielschichtige Gründe, wobei ich das Militär nicht als den wesentlichen Grund anführen würde. Wir stellen aber fest, dass sich auch in den Regionen, die vorher relativ ruhig gewesen sind, die Anzahl von Zwischenfällen durch die militärische Präsenz erhöht hat, weil auf einmal ein Gegner auftaucht, der dann als Zielscheibe genommen wird. Und gerade deswegen ist es wichtig, dass es eben nicht zu einer solchen Verwischung kommt.

Wir haben auch auf die Sicherheitslage in Afghanistan hingewiesen. Nicht nur in Afghanistan, sondern auch in anderen Ländern erlaubt die Sicherheitslage keine

Entwicklungszusammenarbeit und keinen Wiederaufbau. Wie soll man damit umgehen? Wie ich es schon in meinem Statement gesagt habe, gibt es durchaus Situationen, wo eine solche Aufgabe vom Militär wahrgenommen werden muss, das dann Nahrungsmittel oder sonstige Dinge verteilt. Man sollte nicht annehmen, es könnte irgendwelche Maßnahmen des Wiederaufbaus oder von Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit Betroffenen oder Hinterlassungen von lokalen Strukturen geben. Es gibt unterschiedliche Zielsetzungen humanitärer Hilfe und entwicklungspolitischer Maßnahmen. Die humanitäre Hilfe – und da haben sich alle diejenigen Organisatoren zu dem Kodex der internationalen Rot-Kreuz- und Roter-Halbmond-Gesellschaften dazu bekannt – ist unparteilich, unabhängig und neutral. Diese Neutralität, diese Unabhängigkeit und diese Unparteilichkeit muss sie immer wieder erneut beweisen. Das sieht bei dem Übergang von humanitärer Hilfe zur Entwicklungspolitik schon etwas anders aus. Ich denke, Entwicklungspolitik ist nur dann möglich, wenn wir ein einigermaßen stabiles Umfeld haben und damit eine wesentliche stärkere Verantwortung auf lokale Strukturen übergehen kann, die sich natürlich zu politischen, entwicklungspolitischen Zielsetzungen bekennt. Darum müssen wir humanitäre Hilfe zum Teil anders behandeln, als wir Entwicklungszusammenarbeit behandeln.

Was braucht Afghanistan? Das sind im Wesentlichen drei Punkte. Wir müssen auf jeden Fall sehen, dass wir in den umkämpften Gebieten eine Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols erreichen – auch mit militärischen und polizeilichen Mitteln. Wir brauchen zweitens außenpolitisch ein wesentlich stärkeres Einwirken auf destabilisierend wirkende Länder wie Pakistan oder den Iran. Drittens brauchen wir in der Fläche mehr Entwicklungszusammenarbeit, die nach wie vor sehr stark auf Kabul oder auf die Zentren beschränkt ist. Dieses, ohne jetzt pro domo zu sprechen, wird man mit staatlichen Agenturen alleine nicht erreichen. Dazu brauchen wir auch Nichtregierungsorganisationen, für deren Unterstützung ich hier werbe.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Preuß. Herr Dr. Klingebiel, bitte.

Dr. Stephan Klingebiel, DIE: Vielen Dank für die Fragen, auf die ich gerne antworten möchte.

Bezüglich der Wirkungsanalysen in Afghanistan haben nach meinem Kenntnisstand die einzelnen Ressorts eine Reihe von Monitoringinstrumenten etabliert, um solche Dinge begleitend aufzunehmen. Was aus meiner Sicht im entwicklungspolitischen Sinne wichtig ist, ist nach der Wirkung eines solchen gemeinsamen Ansatzes zu schauen, ob tatsächlich ein Beitrag zur Stabilität und Sicherheit in der Region geleistet wurde. Eine solche gemeinsame

Perspektive auf diese Frage ist mir allerdings nicht bekannt. Es ist sicherlich methodisch schwierig, das ist gar keine Frage. Ich glaube aber, dass letztlich durch diesen gemeinsamen Ansatz so etwas wie Mehrwert erzeugt wird. Ich glaube, da könnte man durchaus auf viele Erfahrungen der Entwicklungspolitik zurückgreifen, die ja gewohnt ist, in so einem Kontext komplizierte Evaluierungen anzustellen.

Zu den Fragen von Frau Hänsel. Ich glaube, es ist ganz wichtig zu sehen, dass wir tatsächlich je nach Fall unterscheiden müssen, welche Form von Kooperation oder welche Schnittstellen angestrebt werden. Sie haben die Situationen unmittelbar nach einem Militäreinsatz, nach einer Intervention, angesprochen, wo Entwicklungspolitik noch gar nicht vertreten ist, sondern eher die humanitärere Hilfe. Wir haben sicherlich zwischen Kampfeinsätzen und Stabilisierungseinsätzen zu unterscheiden. Ich denke, bei Kampfeinsätzen wird es in der Regel zumindest für die Entwicklungspolitik für eine echte Zusammenarbeit oder für ein engeres Zusammenwirken kaum Spielraum geben. Im Regelfall ist bei den Stabilisierungsaufträgen die Notwendigkeit sehr groß, so etwas wie Transparenz herzustellen.

Sie haben den Sicherheitsbegriff angesprochen und kennen die Debatten über erweiterte Sicherheit, menschliche Sicherheit, etc. Ich glaube, diese Debatten haben insgesamt einen Fortschritt gebracht und auch für die Entwicklungspolitik gezeigt, dass so etwas wie physische Sicherheit auch im entwicklungspolitischen Interesse sehr wichtig ist. Ohne Sicherheit können die Kinder nicht zur Schule gehen und der Bauer kann sein Feld nicht abernten. Das heißt, auch der Entwicklungspolitik kann es nicht egal sein, wie die Sicherheitssituation ist. Wir müssen auch sehen, dass es natürlich unterschiedliche Perzeptionen darüber gibt, was letztlich im Mittelpunkt steht. Aus der verteidigungspolitischen Sicht geht es um Gefahrenabwehr, während Entwicklungspolitik deutlich stärker auf die Potentiale der Menschen und Länder vor Ort ausgerichtet ist.

Zu der Frage von Herrn Dr. Ruck, nach dem „Nebeneinander der Akteure“. Das war zunächst einmal im Sinne eines Konzepts, aber Sie können natürlich da auch Beispiele anführen. Wenn etwa CIMIC zu stark mit einem Struktur bildenden Anspruch in Situationen herein geht und etwa im Bereich Berufsbildung etwas macht, das sind Dinge, wo ich glaube, dass dieses Nebeneinander sicherlich unbefriedigend ist. Wir haben so ein Nebeneinander möglicherweise auch auf einer konzeptionellen Ebene. Mein Plädoyer ist, zu schauen, wo es einen Abstimmungsbedarf und möglicherweise auch Potentiale für Kooperation gibt.

Hinsichtlich der afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur ist mein Hauptanliegen, stärker zu schauen, in welcher Form wir bei dem Einsatz von Friedensmissionen dieses zivil-militärische Verhältnis gestalten wollen. Das betrifft etwa die Unterstützungsleistung für die afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur. Wenn es zum Beispiel darum geht, warum Deutschland keine Rolle als *lead nation* neben anderen Nationen spielt, oder um die Unterstützung der *African Standby Forces*, könnte ich mir von der militärischen Seite durchaus einen wirksameren Beitrag vorstellen. Diese Dinge könnten letztlich einen Beitrag leisten, um die afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur mit aufzubauen. Es geht auch um die Verwendung von deutschen Kapazitäten bei Friedensmissionen. Wir haben ja solche Diskussionen wie um Darfur, ob die Afrikanische Union tatsächlich in der Lage ist, ausreichende Sicherheitsleistungen zu erreichen und wir nicht eine Ummandatierung zugunsten der Vereinten Nationen erreichen sollten. Der Stand der Diskussion ist, dass es notwendig wäre, aber im Moment aufgrund der Haltung der Regierung im Sudan nicht durchsetzbar ist.

Der letzte Punkt auf den ich eingehen möchte, ist der Aktionsplan *Zivile Krisenprävention*. Ich glaube, es gibt eine Reihe von sinnvollen Ansatzpunkten, um diese Debatte weiterzuführen.

Der erste Punkt wäre, dass ich glaube, dass wir die Diskussion, die gerade jetzt mit dem Weißbuch losgeht, nutzen sollten, um gemeinsam zu diskutieren. Die Debatten um das Weißbuch sind ja nicht völlig getrennt, sondern es sind Fragen der Sicherheitspolitik in einem weiten Sinne. Mein erstes Plädoyer wäre, die Dinge tatsächlich auch zusammen zu diskutieren.

Der zweite Punkt ist, dass im Umsetzungsbericht des Aktionsplans zwar wichtige Dinge enthalten sind, aber durchaus zu zögerlich. Bezüglich der Frage über die Leitlinien für das Zusammenwirken der Akteure steht im Umsetzungsbericht, dass geprüft werden sollte, ob es dazu Leitlinien geben soll. Nach zwei Jahren ist im Aktionsplan weiterhin nur eine Aufforderung zum Prüfen enthalten. Das müsste schneller gehen. Ich glaube darüber hinaus, dass es wichtig ist, im Rahmen von gemeinsamen Analyserahmen Fortschritte zu erreichen – das zeigen gerade auch die internationalen Debatten. Also, wie Ländersituationen eingeschätzt werden und wie man diskutiert, wo Anknüpfungspunkte für ein gemeinsames Vorgehen sind.

In meinem letzten Punkt will ich im Prinzip nur das aufgreifen, was schon an anderer Stelle gesagt wurde. Der Bundespräsident hat es im letzten Jahr bei der Kommandeurstagung

erwähnt und hier im Parlament wurde überlegt, einen Sicherheitsausschuss im Deutschen Bundestag einzuberufen, der sich mit diesen allgemeinen Fragen befasst. Über die Form eines solchen Ausschusses, ob es beispielsweise ein ständiges Gremium sein sollte, müsste dann im Einzelnen beratschlagt werden. Danke schön.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Dr. Finckh-Krämer.

Dr. Ute Finckh-Krämer, Vorsitzende, Bund für Soziale Verteidigung: An mich waren zwei Fragen gerichtet. Ich möchte mit Frau Hänsels Frage zum Thema ziviler Friedensdienst anfangen. Ziviler Friedensdienst ist ein Fachdienst im Bereich der Entwicklungshilfe, wo es darum geht, an den tatsächlichen objektivierbaren zugrunde liegenden Konflikten zu arbeiten, also etwa an Konflikten um Land, Ressourcenkonflikte im Allgemeinen, an Konflikten zwischen verschiedenen Nationalitäten, etc. Deswegen gibt es in bestimmten Post-Konfliktregionen, wie z.B. dem Balkan, sehr erfolgreiche Projekte des zivilen Friedensdienstes. Diese können aber einfach von ihrem völlig anderen Denkansatz gar nichts mit CIMIC zu tun haben. Im Rahmen solcher Projekte wird mit allen vor Ort identifizierbaren Akteuren, soweit es möglich und sinnvoll ist, Kontakt aufgenommen. Dass gerade die im zivilen Friedensdienst vor Ort tätigen Fachkräfte auch mit den dort aktiven Militäreinheiten sprechen, ist selbstverständlich, denn es gehört zum Grundkonzept, keinen Akteur auszuschließen und jeden Akteur mit seinen Interessen und Bedürfnissen wahrzunehmen und gegebenenfalls auf ihn einzuwirken.

Der Sudan ist als ein Land zu erwähnen, wo der zivile Friedensdienst nach wie vor mit Projekten vertreten ist. Hier sind die zugrunde liegenden Konflikte zwischen den Nomaden und den Bauern, die um das gleiche Land konkurrieren noch gut identifizierbar. In solchen Bereichen kann und soll der zivile Friedensdienst ausgedehnt werden.

Dann zu der Frage von Frau Koczy, was man aktuell in Afghanistan machen könnte. Der Hauptkonflikt, der über die letzten zehn Jahre identifizierbar gewesen ist, ist der Konflikt um den Drogenanbau. In den Regionen, wo Drogenanbau die klassische, wenn auch illegale Lebensgrundlage der Menschen ist, hängt die Frage, ob die Menschen den Warlords oder der Taliban zuneigen, sehr stark davon ab, wer ihnen diese Lebensgrundlage gelassen hat und wer nicht. Die deutsche Position ist diesbezüglich relativ klar. Das deutsche ISAF-Kontingent beteiligt sich nicht an Maßnahmen zur Drogenbekämpfung und in Bezug auf die Schulung der Polizei denke ich nicht, dass es von deutscher Seite eine Tendenz zum aggressiven Bekämpfen des Anbaus und damit auch der Anbauer gibt. Da müsste, glaube ich, ein Umdenken geschehen und Deutschland als eine Nation, die stark in Afghanistan

aktiv ist, könnte versuchen, ein Umdenken in diese Richtung zu bewirken. *Senlis Council* hat vorgeschlagen, den Opiumanbau zu legalisieren. Es gibt bereits solche Legalisierungsmodelle, beispielsweise wie man vor über 30 Jahren das Problem des Opiumanbaus in der Türkei angegangen ist. Dortige Erfahrungen könnte man auswerten und anregen, Konzepte zu entwickeln, die an diese Erfahrungen anknüpfen. Man könnte versuchen, aus diesem Opium, was bisher in illegale Kanäle fließt, einen Rohstoff für die Pharmaindustrie zur Morphinherstellung zu machen. Es müsste geprüft werden, ob ein entsprechender Bedarf da ist, und es müsste möglicherweise ein Mischkonzept gefunden werden, wo der Opiumanbau reduziert, aber dafür legal abgenommen wird. Bei der Ernte müsste wieder eine Absprache stattfinden. So wie bisher kann mit diesem Thema, das eines der Grundkonfliktthemen ist, nicht umgegangen werden. Der Krieg gegen Drogen hat nirgendwo funktioniert und wird nach meiner Einschätzung auch in Afghanistan nicht funktionieren.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Oberstleutnant Falkowski, bitte schön.

Norbert Falkowski, Oberstleutnant im Generalstab: Herr Königshaus, Sie hatten mich nach den jüngsten Vorfällen in Afghanistan und deren Auswirkungen gefragt. Ich habe mich heute Morgen aus Anlass dieser Vorfälle gefragt, wie ich denn heute in Uniform wirke. Das macht einen schon betroffen. Es hat Auswirkungen auf den Kernauftrag der Streitkräfte in Afghanistan und insbesondere natürlich in dem Falle auf die deutschen Streitkräfte, die Sicherheit in dem Nordbereich und dem zugewiesenen Einsatzgebiet in Kabul herzustellen. Es könnte durchaus sein, dass die deutsche Uniform entsprechende Reaktionen nicht nur bei ganz extremen, sondern auch bei tiefgläubigen Muslimen hervorruft. Dies ist vorher nicht hergerufen worden, da wir durch die zivil-militärische Zusammenarbeit und unser freundliches Auftreten versucht haben, die Bevölkerung einzubeziehen und dergleichen mehr. All die investierte Arbeit und das, was man vielleicht im Ansatz geschaffen hat, ist jetzt natürlich in der Gefahr zu kippen. Ich kann Ihnen sagen, dass man zu Hause in Bonn momentan hart daran arbeitet, irgendwelchen negativen Auswirkungen entgegenzusteuern. Ich bitte um Verständnis, dass ich momentan dazu weiter nichts sagen kann, weil ich nicht weiß, was konkret gemacht wird. Aber wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass das keine gute Situation ist, um es mal vorsichtig auszudrücken. Man kann dem entgegenwirken, indem man versucht, auf dem vielleicht vorhandenen Vertrauen aufzubauen, aber es wird deutlich schwerer werden.

Ich beantworte nun die Fragen über zivile Fahrzeuge, Frau Hänsel. Die Bundeswehr hat zivile Fahrzeuge beispielsweise in der Anfangszeit im PRT-Kundus aus pragmatischen

Gründen genutzt. Sie waren billiger zu beschaffen und sollten Kosten sparen. Diese zivilen Fahrzeuge bleiben nicht ganz zivil, sondern sie werden militärisch umgerüstet und gekennzeichnet. Aber man muss natürlich einräumen, dass im Gegensatz zu dem typischen Tarnanstrich unserer normalen Fahrzeuge natürlich die Gefahr der Verwechslung besteht.

Fehler passieren. Ich hoffe, dass wir diese Fehler nicht mehr machen. Vielleicht wäre es in Zukunft ratsam, wenn man solche Dinge plant und gegebenenfalls mit den zivilen Partnern zu Hause frühzeitig spricht und solch eine Planung auf die zivilen Auswirkungen im Einsatzland eher untersucht. Aber ich denke, da sind wir auf einem guten Weg.

Wie hat man sich die Arbeit des PRTs vor Ort vorzustellen? In aller Regel werden die gemeinsamen Vorhaben der nächsten Tage und Wochen in entsprechenden Abstimmungsrunden ressortübergreifend vor Ort besprochen. Es werden die notwendigen Informationen ausgetauscht, die zum Beispiel der Mitarbeiter der GTZ braucht, um sich anhand der Sicherheitslage, wie sie zum Beispiel die Bundeswehr sieht, entsprechend zu verhalten. Nichtsdestotrotz handelt jeder in seinem eigenen Aufgabenfeld. Es ist also nicht so, dass der Kommandeur des PRT dem GTZ-Mitarbeiter vorgibt, welche Entwicklungshilfemaßnahmen er in den nächsten anderthalb Jahren umzusetzen hat. Er könnte es auch gar nicht, weil er deutlich kürzer in diesem Einsatzgebiet Verwendung findet. Kann ich es dabei belassen?

Frau Koczy hatte gefragt, was man in Afghanistan braucht. Ich möchte aus meiner Sicht sagen, dass wir mindestens zehn Jahre brauchen. Vielleicht werden wir auch noch einige Jahre in Bosnien-Herzegowina sein, um diesem europäischen Land, das drei Jahre Bürgerkrieg hatte, wieder auf die Beine zu helfen. Man braucht in Afghanistan sicher viel Geduld, insbesondere politische Geduld. Mit politischer Geduld meine ich, dass die Parlamente der entsprechenden Länder sich ihrer Verpflichtung des einmal eingegangenen Engagements in Afghanistan bewusst sein sollten.

Darüber hinaus braucht man aus unserer Sicht deutlich mehr ziviles Engagement und mehr Engagement im Polizeiaufbau, da wir nach dem G8-Gipfel in Tokio die *lead nation* sind – da stimme ich einem meiner Vorredner zu. Mehr denn je brauchen wir und der Sicherheitssektor neben den Streitkräften eine funktionierende Polizei.

Herr Weigel hatte darauf hingewiesen, dass CIMIC ein Instrument ist, welches die Tendenz hat sich zu verselbständigen oder Duplizitäten zu schaffen und danach gefragt, wie man es schafft, dieses zu vermeiden.

In allen Einsatzgebieten finden Prozesse statt, die nicht immer genau geplant und termingerecht erfüllt werden können. In Bosnien-Herzegowina haben wir im Jahr 2004 eine zu diesem Zeitpunkt dem Land nicht mehr angemessene CIMIC-Projektarbeit langsam eingestellt. Auch im Kosovo werden wir diesen Weg sicherlich gehen. Wenn unsere zivilen Partner im Rahmen der Zusammenarbeit in den PRTs uns die Aufgaben abnehmen können, die wir erfüllen, dann werden wir die Soldaten gerne nach Hause schicken, einfach um Ressourcen zu sparen. Das ist sicher kein Problem. Ich denke, die PRTs, die in der Geschichte der Bundesrepublik eine einmalige Zusammenarbeit im Ausland für verschiedene Ressorts darstellen, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Sie zeigen, dass die Koordination und Kooperation vor Ort und das Übernehmen und das Tätigsein in den jeweiligen spezifischen Aufgabengebieten durchaus militärische Ressourcen zurückdrängen und die Gefahr, dass Soldaten sich auf einem zivilen Feld betätigen, deutlich vermindern können.

Kurz möchte ich noch auf die Evaluierung eingehen. Natürlich ist es – da stimme ich Herrn Dr. Klingebiel ganz ausdrücklich zu – sehr schwer, ein PRT-Gesamtprojekt in allen Facetten zu evaluieren. Ich weiß nicht, ob es dafür überhaupt einen wissenschaftlichen Ansatz gibt. Wir haben da unsere Ressortschwierigkeiten und dergleichen und auch die Wissenschaft ist vom Ressortdenken geprägt. Nichtsdestotrotz versuchen wir zu evaluieren. BMZ und BMVg werden in den nächsten Monaten aus Mitteln des Krisenpräventionskreises versuchen, relativ schnell wirksame entwicklungsorientierte Nothilfemaßnahmen zu implementieren. Wir werden diesen Prozess begleiten und in der Auswirkung versuchen gemeinsam zu evaluieren. Somit versuchen wir Facetten des gemeinsamen Handelns zu erfassen und diese letztendlich zu bewerten.

Herr Dr. Wodarg hatte nach zivilen Organisationen gefragt. Ich würde sie nicht als Soldaten bezeichnen und auch nicht als Militär. Ich bitte, diesen Begriff für uns zu reservieren. Es sind zivile Organisationen, die sich auf militärischem Feld betätigen. Wir treffen sie immer wieder an und sie werden im Zuge des „Outsourcing“ von bestimmten Aufgaben in allen Einsatzgebieten dieser Welt nicht unbedingt abnehmen, es sei denn man käme zu einer internationalen Ächtung. Aber solange diese Dinge Geld sparen, ob in Afrika oder sonst irgendwo auf dieser Welt, denke ich nicht, dass wir das Zusammentreffen mit solchen Organisationen vermeiden werden können. Ich bedanke mich.

Der Vorsitzende: Vielen Dank bei allen Sachverständigen für die Beantwortung unserer Fragen. Wir kommen zum Ende dieser AwZ-Sitzung. Hinter mir sitzt Dr. Haas. Er war WZ-

Referent der deutschen Botschaft in Peking und Herr Königshaus als Delegationsleiter der AwZ-Reise hat gebeten, ein Wort des Dankes an Herrn Haas richten zu dürfen.

Abg. Hellmut Königshaus (FDP): Damit hat der Herr Vorsitzende schon vorweggenommen, was ich tun wollte. Im März waren die Kollegen Dr. Bärbel Kofler, Ute Koczy, Bernward Müller und ich in China. Mit Herrn Dr. Haas bin ich noch über ein kleines, mehr oder weniger privates Projekt in China verbunden. Wir haben den Tingting-Kindergarten für hörgeschädigte Kinder besucht, wo wir uns nach wie vor bemühen, andere Geber zu finden, die dort zusammen mit Frau Dr. Bauer etwas fördern können. Weil Herr Dr. Haas heute hier ist und weil er inzwischen auch aus China nach Bonn zurück versetzt wurde, wollte ich die Gelegenheit nutzen, ihm hier öffentlich und in Gegenwart der Staatssekretärin den Dank auszusprechen. Er war ein BMZ-Mitarbeiter vor Ort und ein Betreuer, wie wir ihn uns besser gar nicht hätten vorstellen können. Er hat selbst so hartleibige Menschen, wie einen Liberalen – auch zum Erstaunen seiner eigenen Mitarbeiter – dazu bringen können, dass sie mildtätig über die Entwicklungszusammenarbeit mit China denken. Dazu gehört schon was. In diesem Zusammenhang und auch im Namen der ganzen Delegation bedanke ich mich herzlich.

Der Vorsitzende: Ich schließe hiermit die Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 8. November unter der Leitung von Sibylle Pfeiffer statt, weil ich mich einer Operation unterziehen muss und dann bei der übernächsten Sitzung wieder bei Ihnen sein werde.

Ende der Sitzung: 12.35 Uhr



(Thilo Hoppe)
Vorsitzender

Fragenkatalog für die Sachverständigen (Vorschlag Koczy + Ergänzungen Hänsel)

Leitfragen:

- Wo hat sich der PRT-Einsatz bewährt?
- Was läuft verkehrt?
- Wo gibt es vordringlichen Handlungsbedarf?

Im Einzelnen:

1. Das Prinzip der Subsidiarität bestimmt, dass CIMIC-Projekte nur dann durchgeführt werden, wenn sich kein ziviler Träger findet. Inwiefern wird dieses Prinzip eingehalten? Worin liegen die Schwierigkeiten?
2. Funktioniert die vereinbarte klare Drei-Säulen-Trennung von militärischen, außenpolitischen und entwicklungspolitischen Elementen in der Praxis? Wie wird trotz Trennung eine Kohärenz dieser Elemente gewährleistet?
3. CIMIC-Maßnahmen verfolgen als flankierende Leistungen das Ziel der Erhöhung der lokalen Akzeptanz der Truppen. Wurde dieses Ziel erreicht?
4. Stichwort „fehlende Nachhaltigkeit“: Der Schwerpunkt der CIMIC in Afghanistan liegt im Aufbau der afghanischen Polizei. Welche Fortschritte gibt es in diesem Bereich? Warum wird diese Tätigkeit als „nicht nachhaltig“ bezeichnet?
5. Wie bewerten Sie die Vorbehalte gegenüber der zivil-militärischen Zusammenarbeit, die daran anknüpfen, dass das Militär sich nicht auf seine originären Aufgaben beschränke und sogar als Konkurrentin zu den Durchführungsorganisationen der EZ auftrete? Welche diesbezüglichen Erfahrungen gibt es in Afghanistan?
6. Die Süddeutsche Zeitung vom 11.10. zitiert Bewohner der afghanischen Provinz Bamian mit den Worten: „Wir sind die Opfer unseres Friedens.“ Inwiefern ist festzustellen, dass Regionen, die nicht im Mittelpunkt bewaffneter Konflikte stehen, durch die zunehmende Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik aus dem Blickpunkt der Aufbauhilfe geraten? Wie (mit welchen Vorschlägen) reagieren die Durchführungsorganisationen der deutschen EZ auf diese Situation?
7. Inwiefern lässt sich nach Einschätzung der Sachverständigen ein Zusammenhang zwischen der hohen Gefahrenlage für Entwicklungshelfer und der Verzahnung der Aufbauhilfe mit sicherheitspolitischen und strategischen Erwägungen herstellen?
8. Welche Erfahrungen haben EZ-Organisationen mit dem Militärschutz gemacht? Welche Vor- oder Nachteile hat es, statt des Militärschutzes auf den Schutz privater Sicherheitsdienste zurückzugreifen?
9. Wäre es nach Einschätzung der Sachverständigen möglich, die Aufbauprogramme in Afghanistan rein zivil, also ohne militärischen Schutz, durchzuführen? Gibt es entsprechende Erfahrungswerte hinsichtlich der Sicherheitslage und Akzeptanz der zivilen Helfer/innen aus einzelnen Regionen, in denen kein militärischer Schutz gegeben ist?
10. Haben die Sachverständigen Kenntnis von Situationen, in denen Entwicklungshelfer/innen als Informationszuträger/innen für das Militär in Anspruch genommen wurden, und wie sollen die Durchführungsorganisationen gegebenenfalls mit solchen Situationen umgehen?

Fragen an die Bundesregierung
zur zivil-militärischen Zusammenarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Regionalen
Wiederaufbauteams (PRT)
in Afghanistan.

Allgemeine Fragen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC)

1. Wie reagiert die Bundesregierung auf die wachsende Kritik an der zivil-militärischen Zusammenarbeit, wie sie etwa von einigen deutschen Hilfsorganisationen jüngst geäußert wurde, die durch die Zusammenarbeit von Militär und zivilen Hilfsorganisationen eine Gefährdung der Sicherheit der Hilfsorganisationen beklagen, da deren Unabhängigkeit nicht länger gewahrt bleibe?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorbehalt gegenüber der zivil-militärischen Zusammenarbeit, die daran anknüpfte, dass das Militär sich nicht auf seine originären Aufgaben beschränke? Hat die Bundesregierung hierzu eine geeignete Vorgehensweise entwickelt?
3. Welche Projekte der zivil-militärischen Zusammenarbeit wurden in den Jahren 2004 bis 2006 aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert oder kofinanziert? In welcher Höhe und in welchen Länder?

Fragen zu den Regionalen Wiederaufbauteams (PRT) in Afghanistan

1. Über welche Erfahrungen verfügt die Bundesregierung bzgl. der PRT in Afghanistan, insbesondere deren Wirkung hinsichtlich der Sicherheit des Militärs und der Leistungen für den Wiederaufbau? Findet eine regelmäßige Evaluierung der PRT statt? Falls ja, durch wen und wie ist diese Evaluierung organisiert? Werden die deutschen PRTs bzw. deren Erfahrungen den amerikanischen und britischen PRTs gegenübergestellt (Querschnittsevaluierung)? Welche konkreten Anpassungen sind bei den PRTs als Konsequenz der bisherigen Evaluierungen geplant?
2. Wie gestaltet sich die Arbeit mit den lokalen Partnern und den internationalen Hilfsorganisationen? Wie werden die Soldaten und Soldatinnen auf die spezifische Arbeit in den PRTs vorbereitet, die von den Soldaten und Soldatinnen eine Weiterentwicklung ihres „Berufsbildes“ mit beinhaltet? Welche Form der Unterrichtung über die lokalen Akteure und Partner findet statt?
3. Wie schätzt die Bundesregierung die Akzeptanz des Militärs und der zivilen Organisationen in Afghanistan ein? Hat sich diese generell für beide internationalen Akteure nachteilig verändert? Ist dies auf die enge Zusammenarbeit zurückzuführen oder Ausdruck von allgemeinen Akzeptanzproblemen von „westlichen“ Helfern egal ob mit oder ohne Uniform?



Christel Riemann-Hanewinkel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin a. D.
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227- 77 760
☎ (030) 227- 76 760



Andreas Weigel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227- 71 115
☎ (030) 227- 76 334

Fragenkatalog zur Anhörung „CIMIC – zivil-militärische Zusammenarbeit in Kriegsregionen am Beispiel Afghanistan“ im AwZ am 25. Oktober 2006

1. Wie hat sich das Verhältnis von Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik in den vergangenen Jahren verändert?
2. Welche unterschiedlichen Optionen stehen grundsätzlich für die Ausgestaltung des entwicklungspolitisch-militärischen Verhältnisses zur Verfügung?
3. Welche neuen Schnittstellen zwischen militärischer und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit sind entstanden?
4. Wie schätzen Sie – vor diesem Hintergrund – die Chancen und Grenzen des bestehenden Instrumentariums von CIMIC ein? Welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten sehen Sie, dieses Instrumentarium weiter zu entwickeln und zu optimieren?
5. Inwieweit ist die Strategie von CIMIC, durch vertrauensbildende Maßnahmen die Sicherung des Truppenumfeldes zu erreichen, in der Vergangenheit erfolgreich gewesen?
6. Wie bewerten Sie angesichts der besonderen Einsatzbedingungen in Afghanistan das deutsche Modell der Provincial Reconstruction Teams (PRTs) als eine besondere Form von CIMIC?



Christel Riemann-Hanewinkel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin a. D.
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227- 77 760
☎ (030) 227- 76 760



Andreas Weigel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227- 71 115
☎ (030) 227- 76 334

7. Wie wirkt sich die Präsenz der PRTs in Afghanistan auf die Arbeit der zivilen Entwicklungsorganisationen aus? Welche Instrumentalisierungsrisiken und Konkurrenzsituationen sind unter Umständen vor Ort gegeben?

8. Welche Aufgaben sollten CIMIC-Einheiten übernehmen, wenn zivile Entwicklungsorganisationen aufgrund fragiler Sicherheitsverhältnisse nicht tätig werden können?

9. Welche konkreten Schritte sind notwendig, die zu einer stärkeren Einbindung der PRTs in eine kohärente sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Gesamtstrategie führen?



Christel Riemann-Hanewinkel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin a. D.
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227- 77 760
☎ (030) 227- 76 760



Andreas Weigel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227- 71 115
☎ (030) 227- 76 334

Gemeinsame Stellungnahme von Christel Riemann-Hanewinkel, MdB und Andreas Weigel, MdB, zum Konzept der Anhörung „CIMIC – zivil-militärische Zusammenarbeit in Kriegsregionen am Beispiel Afghanistan“

Vorbemerkung

Die Anzahl militärischer Interventionen zur Stabilisierung von fragilen Staaten hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Mit dieser Entwicklung geht einher, dass deutsche Entwicklungszusammenarbeit häufiger zeitnah und im Umfeld militärischer Missionen stattfindet. Peace- und State- building sind die wesentlichen Herausforderungen, die in Post-Konflikt-Situationen neue Schnittstellen in der militärischen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit erfordern.

Diese Zusammenarbeit von Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik wird von uns grundsätzlich nicht infrage gestellt. Wir halten sie für notwendig, weil Sicherheit und Entwicklung sich gegenseitig bedingen. Gerade mit Blick auf Afghanistan ist dieser Zusammenhang mehr als deutlich geworden.

Deswegen begrüßen wir die Themenwahl der Anhörung grundsätzlich, halten aber wesentliche Ergänzungen und Präzisierungen für notwendig.

Stellungnahme zum Anhörungskonzept

Die geplante Anhörung soll die verschiedenen Ausgestaltungsmöglichkeiten des entwicklungspolitisch-militärischen Verhältnisses in den Mittelpunkt stellen und die daraus resultierenden Handlungsoptionen umfassend reflektieren. Aus diesem



Christel Riemann-Hanewinkel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin a. D.



Andreas Weigel

Mitglied des Deutschen Bundestages

grundlegenden Anspruch resultieren konkrete inhaltliche Forderungen, die in der bisherigen Konzeption nicht ausreichend berücksichtigt sind:

- Die Anhörung sollte Chancen und Grenzen des bestehenden Instrumentariums von CIMIC aufzeigen. Ebenso sollte sie reflektieren, wie dieses Instrumentarium weiterentwickelt und optimiert werden kann.
- Die Anhörung sollte auf den richtigen Grundannahmen beruhen: CIMIC ist kein entwicklungspolitisches Konzept der Bundeswehr. CIMIC ist vielmehr ein Fachbegriff der NATO und bezeichnet die Zusammenarbeit des Militärs mit dem zivilen Umfeld. CIMIC-Einsätze dienen in erster Linie der Sicherung des Truppenumfeldes. Dazu gehören auch humanitäre Soforthilfe und Wiederaufbau-Projekte im Rahmen von vertrauensbildenden Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund wäre darüber zu diskutieren, welche Aufgaben CIMIC-Einheiten übernehmen sollen, wenn zivile Entwicklungsorganisationen aufgrund fragiler Sicherheitsverhältnisse nicht tätig werden können.
- Im Kontext der Anhörung müssen die Wirkungen von CIMIC differenziert und länderspezifisch betrachtet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Einsatzbedingungen in großen Flächenstaaten wie Afghanistan sich in ganz erheblichem Maße von denen in kleineren Ländern wie Burundi oder dem Kosovo unterscheiden. Demzufolge kann eine Befassung mit CIMIC „am Beispiel Afghanistan“ der Gesamthematik keineswegs gerecht werden. Die Problemstellung für die Anhörung muss deshalb präziser formuliert werden. Es muss dabei deutlich werden, ob der Schwerpunkt der Anhörung auf Zivil- militärischer Zusammenarbeit im Allgemeinen oder auf Afghanistan im Speziellen liegen soll. Zweiteres würde bedeuten, sich insbesondere auf die verschiedenen PRT-Modelle (Provincial Reconstruction Teams) zu beschränken. Ziel sollte es sein, Mittel und Wege aufzuzeigen, die zu einer stärkeren Einbindung der PRTs in eine kohärente sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Gesamtstrategie führen. Vor diesem Hintergrund können auch Instrumentalisierungsrisiken und Konkurrenzszenarien angemessen diskutiert werden.



Deutscher Bundestag
Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschussdrucksache
Nr. 16(19)123

24. Oktober 2006

Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung
des Deutschen Bundestages,
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,
zum Thema

"Zivil-militärische Zusammenarbeit"

am 25. Oktober 2006 in Berlin

Dr. Stephan Klingebiel

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

1. Verhältnis von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik

Das Verhältnis von Entwicklung und Sicherheit ist kein grundlegend neues konzeptionelles Thema. Ähnliches gilt für die konkreten Schnittstellen von verschiedenen außenorientierten Politiken – allen voran der Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. Auch in der Vergangenheit spielte beispielsweise die Frage zumindest implizit eine wesentliche Rolle, welche Rahmenbedingungen mit Blick auf Stabilität und Frieden vorhanden sein müssen, damit Entwicklung überhaupt möglich ist. Frühere Debatten begriffen dieses Verhältnis aber vorrangig als abstrakte Interdependenz.¹ In den aktuellen Debatten werden dagegen sehr viel unmittelbarer die Zusammenführung auch in praktisch-politischer Hinsicht erörtert.

Die Unterschiede der aktuellen Diskussionen zu älteren Debatten ist in vielerlei Hinsicht wichtig. Der immense Wandlungsprozess des Sicherheitsbegriffs ist dabei von großer Bedeutung. Das staatszentrierte Sicherheitsdenken ist in vielen Bereichen einem völlig neuen Sicherheitskonzept („Menschliche Sicherheit“, „Erweiterte Sicherheit“, „Umfassende Sicherheit“ etc.) gewichen. Sicherheit wurde von einem auf staatliche Stabilität orientierten Konzept zu einem auf den einzelnen Menschen bezogenen protektiven Ansatz in der internationalen Debatte grundlegend weiterentwickelt. Hier haben die Debatten vor allem in den Vereinten Nationen (*High-Level Panel on Threats Challenges and Change* (2004), Bericht des UN-Generalsekretärs *In Larger Freedom* (2005)) und weitere Initiativen („*The Responsibility to Protect*“ (2001) etc.) Weichenstellungen vorgenommen.

Entwicklungs-, Sicherheits- und Außenpolitik haben sich ebenfalls auf der politisch-praktischen Ebene innerhalb von wenigen Jahren rasch verändert. Für die Entwicklungspolitik sind Sicherheitsthemen stärker in das unmittelbare Blickfeld gerückt; außenpolitische Aspekte haben damit insgesamt für die Entwicklungspolitik an Bedeutung gewonnen. Umgekehrt hat Sicherheitspolitik zunehmend mit Entwicklungs- und Transformationsländern und deren Stabilität bzw. Fragilität zu tun. Sicherheitspolitische Herausforderungen im Sinne von Landesverteidigung an den eigenen Grenzen sind mittlerweile für eine Reihe von OECD-Ländern von deutlich geringerer Relevanz. Neue Gefährdungen und Bedrohungen werden statt dessen identifiziert, die ganz wesentlich durch ihre globale Relevanz, ihre Entgrenzung und vielfältige Formen nichtstaatlicher Gewaltakteure gekennzeichnet sind.

Vor diesem Hintergrund findet eine Annäherung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik auch bei einzelnen Maßnahmen und Konfliktsituationen statt. Insbesondere durch umfassende Mandate für Friedensmissionen gibt es zahlreiche Berührungspunkte zwischen zivilen und militärischen Aufgaben. Friedensmissionen haben heute vielfach schwierige Aufgaben beim Aufbau und bei der Stabilisierung von staatlichen Strukturen zu erfüllen (Kosovo, Afghanistan etc.). Entwicklungspolitik spielt dabei oftmals und zunehmend eine wichtige Rolle. So genannte *integrated missions* nehmen einen wichtigen Platz ein. Die Entwicklungspolitik hat es deshalb mit einer wachsenden Zahl von Situationen zu tun, in denen Schnittstellen zu militärischen Akteuren zu gestalten sind.

¹ Allerdings ist die Debatte über das zivil-militärische Verhältnis für den Bereich der humanitären Hilfe bereits seit langer Zeit auch in praktischer Hinsicht ein viel diskutiertes Thema. Dies gilt für die militärische Seite in zweifacher Hinsicht: Militärs übernehmen zum Teil logistische Aufgaben (Transport von Hilfsgütern etc.) und sie wirken an der Sicherheitssituation in einem Hilfsgebiet mit. Durch beide Aufgaben gibt es eine lange Beschäftigung mit dem Verhältnis der humanitären Hilfe zu militärischen Akteuren.

2. Begrifflichkeiten

In der derzeitigen Debatte findet vielfach die Abkürzung „CIMIC“ (*Civil-Military Cooperation*) bzw. „ZMZ“ (*Zivil-Militärische Zusammenarbeit*) Verwendung. CIMIC ist dabei keineswegs ein allgemeiner Begriff, der sich auf das Verhältnis von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik bezieht. Er bezeichnet vielmehr einen militärischen Ansatz, der integraler Bestandteil der militärischen Operationen ist und der Verfolgung des militärischen Auftrages dient. Ziele sind vor allem die Unterstützung des zivilen Umfeldes, um so einen Beitrag zur Akzeptanzerhöhung (*force protection*) zu erreichen, sowie die Unterstützung der Streitkräfte durch die Gewinnung von Informationen über das zivile Umfeld. Mit CIMIC werden keine entwicklungspolitischen Ziele verfolgt.

Die Debatte über das zivil-militärische Verhältnis bzw. die bestehenden Schnittstellen der Akteure ist dagegen sehr viel umfassender und nicht ausschließlich aus Sicht eines Akteurs oder eines Politikfeldes zu sehen. Dabei geht es sowohl um übergreifende politische Fragen, die auf der Ebene der zuständigen Ministerien angesiedelt sind, bis hin zu Fragen, die v.a. sich auf Kontakte zwischen zivilen und militärischen Akteuren in einem Einsatzland beziehen (aber keineswegs nur im Rahmen von CIMIC stattfinden müssen).

3. Schnittstellen

Im Hinblick auf mögliche Schnittstellen zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik lassen sich idealtypisch fünf Ebenen identifizieren:

- Erstens existiert ein enger inhaltlicher Nexus zwischen „Entwicklung“ und „Sicherheit“. Fehlende oder stattfindende Entwicklungserfolge (Zugang zu sozialen Dienstleistungen, wirtschaftliche Entwicklung etc.) haben Auswirkungen auf die Sicherheitslage und die Stabilität eines Landes oder einer Region. Umgekehrt führt fehlende physische Sicherheit zu weitreichenden Entwicklungsproblemen (Vertreibung, fehlende Möglichkeiten für Kinder zum Schulbesuch etc.).
- Zweitens bestehen auf konzeptioneller und strategischer Ebene auf der Seite eines Gebers Schnittstellen. Dies kann sich in gemeinsamen Konzepten (etwa in Deutschland in Form des „Aktionsplans Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ oder dem gemeinsamen Afghanistan-Konzept) niederschlagen.
- Drittens können im Hinblick auf finanzielle Ressourcen Schnittstellen existieren. Dies ist etwa in Großbritannien bei den sogenannten *Conflict Prevention Pools* oder beim Europäischen Entwicklungsfonds der Fall, aus dem die *African Peace Facility* zur Unterstützung von Friedensmissionen der *African Union* finanziert werden.
- Viertens können bei konkreten Maßnahmen und Einsätzen im operativen Bereich Schnittstellen bestehen. Dies trifft etwa auf die Wiederaufbauteams (*Provincial Reconstruction Teams / PRTs*) in Afghanistan zu. Eine andere Form von Berührungspunkten besteht bei den verschiedenen Unterstützungsleistungen deutscher Ministerien für das *Kofi Annan International Peacekeeping Centre* in Ghana.
- Fünftens können Berührungspunkte bei Fragen der Aus- und Fortbildung sowie des Personalaustauschs bestehen. Dies gilt etwa für die Beteiligung entwicklungspolitischer Akteure an Maßnahmen der Führungsakademie der Bundeswehr oder für das Austauschpersonal des Bundesministeriums der Verteidigung und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Schnittstellen zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik gibt es neben der nationalen ebenso auf der internationalen Ebene. Auch in diesem Rahmen bestehen Abstimmungsherausforderungen zwischen unterschiedlichen Einheiten und Organisationen. Im Rahmen der Vereinten Nationen sind in diesem Rahmen u.a. die Debatten über integrierte Missionen (*integrated missions*) und die neue Kommission für Friedenskonsolidierung (*Peacebuilding Commission*) von Bedeutung.

4. Handlungsoptionen

Idealtypische Handlungsoptionen für entwicklungspolitische Akteure im Hinblick auf militärische Akteure können sein:

- Distanz,
- Kooperation,
- Komplementarität.

Die Wahl der Option ist entscheidend vom jeweiligen Kontext abhängig. Bei Militäreinsätzen ist beispielsweise die Frage essentiell, ob es sich um einen Kampfauftrag (etwa *Operation Enduring Freedom*) oder um eine Stabilisierungsmission handelt.

5. Fazit

Die Gleichzeitigkeit von militärischen und zivilen Aufgaben und Akteuren ohne ausreichende Verknüpfungen ist vielfach unbefriedigend. Ein bloßes Verschmelzen von entwicklungspolitischen und militärischen Ansätzen und Aktivitäten ist allerdings weder sinnvoll noch wünschenswert. Es kommt vielmehr darauf an, solche Situationen und Bereiche zu identifizieren, wo ein besser abgestimmtes und teilweise auch gemeinsames Planen, Handeln und Monitoring wirkungsvoller und effizienter sein kann. Eine eindeutige Arbeitsteilung zwischen den Akteuren ist wichtig, um ein professionelles Vorgehen etwa beim Wiederaufbau durch zivile Akteure sicherzustellen. Dabei ist die angemessene finanzielle Ausstattung der zivilen Komponenten eine zentrale Voraussetzung.

Gleichzeitig sind mögliche Risiken eines engeren Verhältnisses von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik einzubeziehen. Diese können insbesondere in der entwicklungspolitischen Unterordnung unter militärisch geprägte Ziele und Strategien bestehen (etwa PRT-Ansatz der USA). Darüber hinaus können bei einer engeren Beziehung von entwicklungspolitischen und militärischen Akteuren zusätzliche Sicherheitsrisiken für ziviles Personal entstehen.

Im Hinblick auf die angestrebten Wirkungen von politikfeldübergreifenden Ansätzen (etwa der deutsche PRT-Ansatz) auf die Sicherheits- und Stabilitätssituation in den jeweiligen Regionen liegen bislang keine ausreichenden Analysen vor.

Zu betonen ist darüber hinaus, dass es neben den unmittelbaren Berührungspunkten zwischen zivilen und militärischen Akteuren im Rahmen von Friedensmissionen weitere wichtige Schnittstellen zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik bestehen. Dies gilt beispielsweise

se im Hinblick auf die Konsistenz von Beiträgen zur Unterstützung der afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur.

In der internationalen Diskussion werden darüber hinaus umfassende Fragen politikfeldübergreifender Ansätze erörtert (*whole of government-* bzw. 3-D(*defense, diplomacy, development*)-Ansätze). In Deutschland könnten diese Debatten vor allem vor dem Hintergrund des Umsetzungsberichtes der Bundesregierung zum „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ und des angekündigten Weißbuches aufgegriffen werden. Ebenso stellt sich die Herausforderung politikfeldübergreifenden Handelns auf parlamentarischer Ebene.

Dr. Hans-Joachim Preuß
Generalsekretär
Deutsche Welthungerhilfe e.V.

**Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zum Thema
„Zivil-militärische Zusammenarbeit“ im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung am 25. Oktober 2006**

Zivil-militärische Kooperation

Zum besseren Verständnis der nachfolgenden Ausführungen soll der auch in den Fragenkatalogen verwandte Begriff „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ kurz umrissen werden.

Statt des von militärischer Seite benutzten Begriffs „*Civil-Military Co-operation (CIMIC)*“ ziehe ich den Begriff „Zivil-militärische Verbindungen“ vor, wie er auch vom ICRC (*International Committee of the Red Cross*) definiert wird.

Unter CIMIC ist zu verstehen die NATO-Einheit für die Koordination der Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Akteuren: „*coordination and co-operation, in support of the mission, between NATO force commander and civil populations, including national and local authorities, as well as international, national and non-governmental organizations and agencies*“ (NATO CIMIC Directive, 2000).

Daher ist die – eine zweiseitige Beziehung implizierende - Terminologie „zivil-militärische Zusammenarbeit“ irreführend. CIMIC ist ein rein militärisches Konzept, das darauf abzielt, Rückhalt in der zivilen Bevölkerung für den militärischen Einsatz herzustellen, besseren Schutz für die Truppe zu erreichen und Informationen zu sammeln („*force protection*“). Neben dem Ziel, durch Kommunikation und bevölkerungsnaher Präsenz Vertrauen herzustellen, werden so genannte „*winning hearts and minds activities*“ durchgeführt, die – im Gegensatz zur Not- und Entwicklungshilfe – nicht primär am Bedarf der Bevölkerung und einer sich langfristig selbst tragenden Entwicklung in den Interventionszonen orientiert sind. Bei CIMIC-Projekten wird nach außen jedoch oft kein Unterschied zu Projekten einer Hilfsorganisation sichtbar.

Provincial Reconstruction Teams (PRT) in Afghanistan

CIMIC-Einheiten stellen wiederum nur einen kleinen Teil der Personen in einem PRT, die typischerweise insgesamt aus etwa 200 Militärs bestehen. Die Hauptaufgaben der PRT sind: „(1) *to help the government of Afghanistan extend its authority, (2) to facilitate the development of a secure environment in the Afghan region, including the establishment of relationships with local authorities, (3) to support, as appropriate, security sector reform activities, within means and capabilities, to facilitate the reconstruction effort*“ (NATO 2003).

Dabei kann man kaum von einem PRT-Konzept sprechen, weil sich sowohl der jeweilige Aufbau als auch das Ausmaß, in dem Hilfsmaßnahmen (als „*embedded development programmes*“ teilweise sogar außerhalb von CIMIC) durchgeführt werden, von PRT zu PRT stark unterscheiden. Selbst die räumliche Nähe der jeweils für die drei „D“ („*Defence, Diplomacy, Development*“) zuständigen Beteiligten ist unterschiedlich ausgestaltet. Darüber hinaus scheint das PRT-Konzept ständigen Anpassungen unterworfen zu sein, so dass seine pauschale Würdigung aktuell nicht mög-

lich ist. Die an PRT beteiligten ausländischen Regierungen stellen häufig außenpolitische Attachés oder entwicklungspolitische Fachleute für die Zusammenarbeit mit dem PRT ab, so dass Mittel der Entwicklungszusammenarbeit zum Teil mehr oder weniger direkt über das PRT abfließen.

Das deutsche Modell von PRT beruht auf einer konzeptionellen und nach außen sichtbaren Trennung der verschiedenen Aufgabengebiete und getrenntem Mittelabfluss.

Als „Weiterentwicklung“ des PRT-Konzepts hat der afghanische Präsident am 16. August 2006 der Einrichtung sogenannter „*Afghan Development Zones*“ durch die NATO zugestimmt: Dahinter steht die Idee, mit einem massiven Militäraufgebot in bestimmte, noch von Taliban bzw. „*Anti-Government Elements*“ besetzte Dörfer/Zentren hineinzugehen und flankierend schnell sichtbare Entwicklungsprojekte zu implementieren, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Im Süden wurden fünf Zentren (Kandahar, Qalat, Spin Buldak, Lashkar Gah, Tirin Kot) für dieses Vorgehen ausgewählt.

NATO/ISAF in Afghanistan

Das Militär in Afghanistan sieht sich einem zunehmenden Vertrauensverlust von Seiten der Bevölkerung ausgesetzt: Während die Militärs im Süden von Teilen der Bevölkerung bereits als Besatzungsarmee wahrgenommen werden, leiden die Militärs im Norden (unter deutscher Führung) unter dem Eindruck, dass sie – ohne Veränderungsdruck auszuüben – weiter mit den z.T. kriminellen Strukturen oder früheren Kriegsverbrechern zusammenarbeiten und sich durch ihre Zusammenarbeit mit vor allem Tadjiken auch gegen die Bevölkerung des Paschtunengürtels stellen.

Der damit einhergehende Verschlechterung der Sicherheitslage für die Militärs wird durch eine Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen begegnet (gepanzerte Autos, kein Auftreten in der Öffentlichkeit ohne schusssichere Weste, etc.), was wiederum zu einer Entfremdung gegenüber der lokalen Bevölkerung führt (eine Art Teufelskreis).

In Afghanistan hat NATO/ISAF keine rein militärische Zielsetzung mehr und übernimmt über das eigentliche Mandat hinaus Aufgaben im zivilen Sektor (siehe oben). Aus Sicht der zivilen Akteure hat aber auch das hiermit verbundene „zivile Auftreten“ der Militärs (und zwar auch deutscher Militärs!), vor allem die Verwendung weißer, ungekennzeichneter Fahrzeuge dazu geführt, dass militärische und humanitäre Akteure kaum noch zu unterscheiden sind („*blurring*“). Angesichts der so genannten „integrierten“ PRT, bei denen oft auch keine räumliche Trennung zwischen den Akteuren gegeben ist (z.B. USA), wird es für Außenstehende zunehmend schwierig, zwischen den verschiedenen Akteuren und ihren Agenden zu unterscheiden.

Damit werden auch die Hilfsorganisationen, denen es ihrerseits nicht gelingt, sich ausreichend und glaubwürdig vom Militär abzusetzen (z.B. durch das Umspritzen weißer Hilfsfahrzeuge oder die Verwendung lokaler Mietfahrzeuge, so wie es bereits Caritas, aber auch z.T. der Deutsche Entwicklungsdienst oder die Deutsche Welthungerhilfe tun) in den Sog des Vertrauensverlustes auf Seiten der Bevölkerung hineingezogen.

Es ist jedoch festzuhalten, dass die Gefährdung von NRO-Mitarbeitern in Afghanistan nicht nur von einem solchen „*blurring*“ ausgeht: Die Konflikte in Afghanistan sind vielschichtig (Klan- oder Landkonflikte, Konflikte um Einflussphären organisierte Kriminalität, etc.), so dass Sicherheit auch stark umfeld- und verhaltensabhängig ist.

Beantwortung des Fragebogens Nr: 1 (Koczy/ Hänsel):

1. *Das Prinzip der Subsidiarität bestimmt, dass CIMIC Projekte nur dann durchgeführt werden, wenn sich kein ziviler Träger findet. Inwiefern wird dieses Prinzip eingehalten? Worin liegen die Schwierigkeiten?*

- Das Subsidiaritätsprinzip wird in Afghanistan nicht eingehalten: CIMIC-Einheiten führen Projekte vielmehr dann durch, wenn dies in die sicherheitspolitische Agenda passt, in wenigen Fällen ist dabei die Deckung eines artikulierten Bedarfs primäres Ziel. Zumeist geht es um vertrauensbildende Maßnahmen („*winning hearts and minds activities*“). Die Frage der Verfügbarkeit von zivilen Trägern wird im Vorfeld gar nicht gestellt.
- Dabei ist es jedoch auch nicht zu einer Duplizierung oder Konkurrenzsituation gekommen: Es gibt ausreichend Bedarf in Afghanistan und die CIMIC-Projekte sind eher „kosmetisch“ und kleinteilig (auf Nachfrage erklärt der ehemalige Leiter der CIMIC-Einheiten in Mazar-e-Sharif, dass für deutsche CIMIC-Projekte „deutlich weniger als 500.000 € im Jahr“ zur Verfügung ständen, wobei die Gelder zumeist aus Militär-internen Sammelinitiativen kämen, selten würden öffentliche Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt).
- Einer Wahrung des Subsidiaritätsprinzips steht auch die mangelnde Koordination ziviler und militärischer Vertreter vor Ort entgegen. Zwar gibt es in Kabul Koordinierungsorgane (NGO Civil-Military Working Group), aber die Treffen sind wenig effektiv - unter anderem wegen mangelnder Kontinuität auf Seiten des Militärs (3- bzw. 6 monatige Kontingentswechsel). Das führt dazu, dass „das Rad jedes Mal neu erfunden wird“ und ein Vertrauensverhältnis gar nicht erst entstehen kann. Nach unserem Eindruck gibt es auch keine Rahmenvorgaben des Militärs für die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen (z.B. Umgang mit Information, Sichtbarkeit, etc.).
- Nach unserer Ansicht übersteigt die Bedeutung, die CIMIC als Instrument der Projektimplementierung in der theoretischen Diskussion beigemessen wird, die Bedeutung, die dieses Instrument tatsächlich in der Praxis hat (wo es für Hilfsorganisationen kaum sichtbar ist). Schwierigkeiten ergeben sich vielmehr aus dem „integrierten“ PRT-Ansatz, dem Verhalten und Auftreten von Militär (vor allem die Verwendung weißer Autos, die sich nicht mehr von denen der Hilfsorganisationen unterscheiden; insbesondere seit Hilfsorganisationen aufgrund der Verschlechterung des Sicherheitsumfeldes gezwungen sind, Fahrten über Land nur noch mit mindestens zwei Fahrzeugen hintereinander durchzuführen. Solche Konvois sind de facto kaum noch von militärischen Einsatzgruppen zu unterscheiden.

2. *Funktioniert die vereinbarte Drei-Säulen-Trennung von militärischen, außenpolitischen und entwicklungspolitischen Elementen in der Praxis? Wie wird trotz Trennung eine Kohärenz dieser Elemente gewährleistet?*

- Im deutschen PRT ist zu unterscheiden die „funktionale“ Trennung der verschiedenen Elemente von der Sichtbarkeit der Trennung nach außen. Die „funktionale“ Trennung nach Arbeitsfeld, Einsatz, etc. (in Abstimmung auf höherer Ebene) funktioniert eher als die Trennung im Auftreten nach außen (siehe auch die Beantwortung der vorherigen Frage).

3. *CIMIC-Maßnahmen verfolgen als flankierende Leistung das Ziel der Erhöhung der lokalen Akzeptanz der Truppen. Wurde dieses Ziel erreicht?*

➤ Wie weiter oben dargestellt, ist die Erhöhung der Akzeptanz der ausländischen Truppenpräsenz keine flankierende Leistung, sondern zentrales Ziel von CIMIC. CIMIC ist ein militärisches und kein humanitäres Instrument der NATO. Wenn die Deutschen in Kunduz und Faisabad eher wohlwollend gesehen werden, hat dies eher mit der Nationalität der Soldaten als mit ihrer Aufgabenstellung oder ihren Aktivitäten zu tun.

➤ In Kunduz und Faisabad ist aus unserer Sicht eine erhöhte Akzeptanz der Truppenpräsenz durch CIMIC nicht erreicht worden. Dagegen hat sich die Sicherheitslage in diesen beiden Provinzen verschlechtert, was zum einen mit der Drogenkriminalität, einer zunehmend geringeren Akzeptanz der Regierung und andererseits den Destabilisierungsbemühungen so genannter „antigovernmental elements“ zu tun hat.

4. *Stichwort „fehlende Nachhaltigkeit“: Der Schwerpunkt der CIMIC in Afghanistan liegt im Aufbau der afghanischen Polizei. Welche Fortschritte gibt es in diesem Bereich? Warum wird diese Tätigkeit als „nicht nachhaltig“ bezeichnet?*

➤ CIMIC ist unseres Wissens in Afghanistan in keiner Weise in den Aufbau der afghanischen Polizei involviert. Noch nicht einmal am Infrastrukturanteil des Polizeiaufbaus (Rehabilitation von Polizeistationen, z.B.) ist CIMIC beteiligt - dies macht das Technische Hilfswerk. Für den Aufbau der Polizei ist das Innenministerium verantwortlich.

➤ Erzielte Fortschritte: Erarbeitung eines Stellen- und Organisationsplans für die afghanische Polizei (*tashkil*); Besetzung der Stellen in einem Auswahlverfahren, wobei auch der menschenrechtliche Hintergrund der Kandidaten durchleuchtet wurde (zunächst der höheren Chargen; zur Zeit in der 3. und wesentlichen Stufe: Besetzung der Provinzposten); dabei allerdings politische Einmischung von afghanischer Seite während des Auswahlverfahrens zur 2. Stufe (fiel zusammen mit den Unruhen in Kabul am 29.05.06).

➤ Nicht nachhaltig? – Nach dem 29.05.06 Beginn einer Diskussion um zusätzliche 11.000 Polizisten in den SüdpProvinzen (bisherige Anzahl, die im Afghanistan Compact festgeschrieben ist: 65.000; daher muss die Gebergemeinschaft dieser Erhöhung noch zustimmen). Diese Polizisten sollen im Schnellverfahren eingestellt und ausgebildet werden (10 Tage Ausbildung!). Damit besteht die Befürchtung, dass eher die Bildung para-militärischer Strukturen unterstützt werden könnte.

5. *Wie bewerten Sie die Vorbehalte gegenüber der zivil-militärischen Zusammenarbeit, die daran anknüpfen, dass das Militär sich nicht auf seine originären Aufgaben beschränke und sogar als Konkurrentin zu den Durchführungsorganisationen der EZ auftrete? Welche diesbezüglichen Erfahrungen gibt es in Afghanistan?*

➤ CIMIC-Projektaktivitäten sind oft infrastruktur-lastig. Die Implementierung wird an afghanische Durchführungsorganisationen gegeben, wobei das Militär Monitoringaufgaben und Abwicklungskontrolle etc. unternimmt. DWHH ist nicht bereit mit Militärs zusammenzuarbeiten oder auch nur Mittel von Militärs/PRT für Projekte anzunehmen.

➤ Aufgrund des geringen Finanzvolumens, das der deutschen CIMIC in Afghanistan zur Verfügung steht, besteht keine wirkliche Konkurrenz zu Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

6. *Die Süddeutsche Zeitung vom 11.10. zitiert Bewohner der afghanischen Provinz Bamian mit den Worten: „Wir sind die Opfer unseres Friedens.“ Inwiefern ist festzustellen, dass Regionen, die nicht im Mittelpunkt bewaffneter Konflikte stehen, durch die zunehmende Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik aus dem Blickpunkt der Aufbauhilfe geraten? Wie (mit welchen Vorschlägen) reagieren die Durchführungsorganisationen der deutschen EZ auf diese Situation?*

➤ Seit Beginn des Jahres 2006 ist eine verstärkte Mittelallokation für die Südostprovinzen zu beobachten (z.B. wurde der deutsche Beitrag für das Nationale Solidaritätsprogramm für das Engagement im Süden zweckbestimmt).

➤ Bereits zuvor entstanden Schwerpunkte der deutschen EZ jeweils in der Region, für die die Bundesregierung auch die militärische Verantwortung übernommen hatte (erst Kunduz, dann Faisabad und nun alle Nordprovinzen).

➤ Auch die Deutsche Welthungerhilfe wurde bereits bei laufenden Bewilligungsverfahren übernationaler Geber darauf hingewiesen, dass ein Engagement im Süden Afghanistans nicht an mangelnder Mittelverfügbarkeit scheitern solle – und dass eine Konzentration auf den Norden zu einem Überdenken der bisherigen Förderung führen könne. Dieser „sanfte Druck“ hat sich bislang allerdings nicht materialisiert.

7. *Inwiefern lässt sich nach Einschätzung der Sachverständigen ein Zusammenhang zwischen der hohen Gefahrenlage für Entwicklungshelfer und der Verzahnung der Aufbauhilfe mit sicherheitspolitischen und strategischen Erwägungen herstellen?*

➤ Aus Sicht der zivilen Akteure hat das „zivile Auftreten“ der Militärs (und zwar auch deutscher Militärs!), vor allem die Verwendung weißer, ungekennzeichneter Fahrzeuge dazu geführt, dass militärische und humanitäre Akteure kaum noch zu unterscheiden sind („blurring“). Angesichts der so genannten „integrierten“ PRT, bei denen oft auch keine räumliche Trennung zwischen den Akteuren gegeben ist (z.B. USA), wird es für Außenstehende zunehmend schwierig, zwischen den verschiedenen Akteuren und ihren Agenden zu unterscheiden.

➤ Damit werden auch die Hilfsorganisationen, denen es ihrerseits nicht gelingt, sich ausreichend und glaubwürdig vom Militär abzusetzen (z.B. durch das Umspritzen weißer Hilfsfahrzeuge oder die Verwendung lokaler Mietfahrzeuge, so wie es bereits Caritas, aber auch z.T. der Deutsche Entwicklungsdienst oder die Deutsche Welthungerhilfe tun) in den Sog des Vertrauensverlustes auf Seiten der Bevölkerung hineingezogen.

8. *Welche Erfahrungen haben EZ-Organisationen mit dem Militärschutz gemacht? Welche Vor- und Nachteile hat es, statt des Militärschutzes auf den Schutz privater Sicherheitsdienste zurückzugreifen?*

➤ Deutsche EZ-Organisationen in Afghanistan nehmen unseres Wissens für ihre Arbeit keinen militärischen Schutz in Anspruch, weil dies zu einer Erhöhung des Gefahrenrisikos führen würde.

9. Wäre es nach Einschätzung der Sachverständigen möglich, die Aufbauprogramme in Afghanistan rein zivil, also ohne militärischen Schutz, durchzuführen? Gibt es entsprechende Erfahrungswerte hinsichtlich der Sicherheitslage und Akzeptanz der zivilen Helfer/innen aus einzelnen Regionen, in denen kein militärischer Schutz gegeben ist?

➤ Trennung der Fragen, ob (1) Militär für die generelle Sicherheitslage in Afghanistan erforderlich ist oder ob (2) militärischer Schutz für konkrete Hilfsprojekte nötig ist: Zivile Aufbauprojekte deutscher Organisationen finden in Afghanistan immer ohne militärischen „Schutz“ statt.

➤ Militärische Begleitung bzw. zu große Nähe zum Militär wird vielmehr als Gefährdungserhöhung wahrgenommen: Ziel der Anschläge in Afghanistan sind (bislang noch) nicht Hilfsorganisationen, sondern nationales/ internationales Militär, Polizei, lokale Regierungsmitarbeiter (nach unterschiedlicher Beurteilung auch VN-Organisationen). Gerade in Regionen mit fragilem Sicherheitsumfeld gewährt nur die Distanz zum Militär einen gewissen Schutz.

➤ Nach Ansicht von Hilfsorganisationen gibt es einen Gefährdungszuwachs für die Arbeit ziviler Helfer allein durch die Präsenz von Militär in den Projektregionen.

➤ Wenn ihre Arbeit ohne militärischen Schutz nicht mehr möglich wäre, würde dies für Hilfsorganisationen den Zeitpunkt kennzeichnen, zu dem eine sinnvolle Arbeit nicht mehr möglich ist und sich die Organisationen aus Afghanistan zurückziehen müssten.

10. Haben die Sachverständigen Kenntnis von Situationen, in denen Entwicklungshelfer/innen als Informationszuträger/innen für das Militär in Anspruch genommen wurden, und wie sollen die Durchführungsorganisationen gegebenenfalls mit solchen Situationen umgehen?

➤ Unseres Wissens gab es keine Bitten von Seiten des Militärs, spezielle Situationen zu beleuchten und/oder detaillierte Informationen zu sammeln. Es ist aber vorgekommen, dass Militärs mit eher allgemeinen Bitten um Informationsweitergabe an Hilfsorganisationen herangetreten sind.

➤ Hilfsorganisationen gehen unterschiedlich mit diesem Anspruch um: so werden militärische Stellen weitestgehend nicht explizit informiert. Sensitive Informationen werden gegebenenfalls „gefiltert“ an die deutsche Botschaft bzw. an ANSO (Sicherheitsnetzwerk für NROs) weitergegeben. Teilweise werden sicherheitsrelevante Informationen als so vertraulich angesehen, dass ihre Weitergabe *per se* ausgeschlossen wird. Allenfalls erfolgt eine rein informelle Weitergabe an Personen, von denen bekannt ist, dass sie sich an einschlägigen Orten im Feld bewegen.

Beantwortung des Fragebogens Nr. 2 (Riemann-Hanewinkel/ Weigel):

1. Wie hat sich das Verhältnis von Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik in den vergangenen Jahren verändert?

➤ Der Anschlag auf das World Trade Center in New York war – um einen Begriff von Frantz Fanon zu bemühen – nicht das Werk der „Verdammten dieser Erde“. Diese, das zeigten zahlreiche Beispiele nach dem 11. September, haben nur offen applaudiert, verspürten klammheimliche Freude oder duldeten stillschweigend die Attentäter und ihre Helfershelfer in ihrer Mitte. Rückfragen bei einigen unserer Partnerorganisationen gerade in Ländern, die kein größeres Ausmaß staatlichen oder nichtstaatlichen Terrors kennen, bestätigten die Vermutung, dass die Täter des 11. September einem weit verbreiteten Gefühl von Unterlegenheit, von Machtlosigkeit ein Ventil verschafft haben. Amerika und die westliche Welt hätten eine Quittung erhalten für Arroganz und Überlegenheit, die in vielen Bereichen deutlich und als demütigend empfunden werde – auch in der Politik.

➤ Ein Zusammenhang zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Anti-Terror-Politik ist damit durchaus gegeben. Entwicklungspolitiker – von Berufs wegen Optimisten – sahen daher bei den internationalen Anstrengungen, die Ursachen der Entstehung und Begünstigung von Terror zu bekämpfen, durchaus eine Aufwertung für ihr eigenes Politikfeld. Der Optimismus war verfrüht: wir stellen heute weltweit eine zunehmende Tendenz fest, Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe unter ein militärisch dominiertes Sicherheitskonzept zu stellen. Um wessen Sicherheit geht es aber? Die aktuelle Sicherheitspolitik dient vorwiegend der Sicherheit und der Freiheit unserer westlichen Gesellschaften; Entwicklungspolitik hat zum Ziel die Förderung der Entwicklung der Gesellschaften des Südens: menschliche Sicherheit und Schutz vor Hunger und Armut. Die Dominanz des Militärischen leistet kein Mehr an Sicherheit, sondern verschärft internationale Spannungen noch. Bereits heute sind Konsequenzen dieses Vorgehens erkennbar.

➤ In wachsendem Maß werden bewaffnete Streitkräfte der Vereinten Nationen, der NATO und anderer regionaler Bündnisse wie zum Beispiel der Afrikanischen Union in politischen Krisengebieten tätig. Ihre Tätigkeit beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Schaffung von Sicherheit für die Zivilbevölkerung. Der von Militärs seit langem angewandte Ansatz des „*Winning hearts and minds*“, die Gewährung materieller Vorteile im Austausch für Informationen, Kooperation und politische Unterstützung, bezieht als „*Civil-Military Co-operation*“ (CIMIC) zunehmend die Tätigkeiten anderer Akteure mit ein. Besonders deutlich wurde dies bei den so genannten „*Provincial Reconstruction Teams*“ in Afghanistan, bei denen Entwicklungs-, Außen- und Verteidigungspolitiker ihre Tätigkeiten abstimmen und in ein gemeinsames Konzept einbringen.

➤ Ob Vereinte Nationen, NATO oder Afrikanische Union: Integrierte Ansätze haben eine klare politische und/oder militärische Ausrichtung. Ihre Logik entspricht nicht den Prinzipien humanitärer Hilfe, wie sie in mehreren Kodice festgehalten ist. Humanitäre Hilfe wird entsprechend der Bedürftigkeit der Betroffenen gewährt, sie ist neutral und unparteiisch. Viele humanitäre Hilfsorganisationen haben die begründete Befürchtung, dass die von den Regierungen verstärkt verfolgte Integration politischer und strategischer Ansätze in ein Gesamtkonzept diese Prinzipien aushöhlt.

➤ Mehr noch: dort, wo das Militär agiert, erhöhen sich auf kaum nachvollziehbare Weise auch die Budgets für entwicklungspolitische Maßnahmen. Afghanistan,

Irak und Kongo sind dafür illustre Beispiele. Doch nicht nur die staatliche Entwicklungszusammenarbeit ist betroffen. Auch Nichtregierungsorganisationen, die zum Teil mit staatlichen Zuschüssen arbeiten, sind Versuchungen ausgesetzt. So waren sich Vertreter der Europäischen Kommission auf einmal nicht mehr sicher, ob Mittel für Afghanistan weiterhin an die im Norden und Zentrum des Landes tätigen Organisationen gehen könnten, wenn sie sich nicht auch im extrem unsicheren Süden des Landes engagierten. Oder sie werden kaum verhohlen als „Aufräumtrupp“ instrumentalisiert, wenn Militärschläge die Infrastruktur von partiell feindlichen Regionen zerstört haben. Tendenziell gerät damit die Entwicklungshilfe für diejenigen Länder unter Druck, die bisher aus originär entwicklungspolitischen Gesichtspunkten gefördert wurden und nicht im sicherheitspolitischen Fokus des Militärs stehen.

➤ Es gibt in unserer Arbeit viele Anzeichen dafür, dass die starke Vermischung der Arbeit von Militär und Hilfsorganisationen die Sicherheitslage in den fraglichen Ländern nicht verbessert hat. In vielen Krisengebieten kann die Bevölkerung Soldaten und Entwicklungshelfer nicht mehr auseinander halten. Militärs benutzen zivile Fahrzeuge und treten nicht immer in Uniform auf. Zivile Helfer und ausländische Besatzer verschmelzen in der Wahrnehmung der lokalen Bevölkerung zu einem einheitlichen Feindbild. In Afghanistan wurden bis Ende August 2006 bereits 30 Helfer umgebracht. Die Sicherheitslage ist schlechter als zu Zeiten der Mudschaedin und der Taliban.

2. Welche unterschiedlichen Optionen stehen grundsätzlich für die Ausgestaltung des entwicklungspolitisch-militärischen Verhältnisses zur Verfügung?

➤ Grundsätzlich ist dies eine Frage der zur Verfügung stehenden Mittel für die unterschiedlichen Akteure und die Entscheidung über ihre Verwendung. Inwieweit wird die Allokation der EZ-Mittel durch sicherheitspolitische Agenda bestimmt und über militärische Akteure vergeben?

- „Amerikanischer Ansatz“: PRT bilden zivil-militärische Einheit, bei denen die Wiederaufbauaktivitäten in die militärische Strategie eingegliedert werden. Damit wird die Entwicklungszusammenarbeit quasi zum Mittel der Sicherheitspolitik. Kennzeichen für diese Option sind outgesourcte *quick impact*-Projekte ohne mittel- oder langfristige Perspektive bzw. ohne Einbindung lokaler Partnerorganisationen. Das amerikanische Militär in Afghanistan verfügt jährlich über ein Budget von 30 Mio. USD („Commander's Emergency Relief Programme“, CERP). Daneben wird die Entwicklungszusammenarbeit über USAID abgewickelt, die sehr eng mit den PRT kooperiert: ein USAID Field Program Officer ist in jedem PRT stationiert und identifiziert *Quick Impact Projects* in Zusammenarbeit mit lokalen Regierungsvertretern und Militär. Das Volumen der QIP betrug 2003-2005 etwa 140 Mio. USD.

- „Deutscher Ansatz“: Drei-Säulen-Konzept unabhängiger aber koordinierter Bereiche. Dabei kann ein eigenständiger EZ-Ansatz gewahrt werden: Förderung von „local ownership“, partnerschaftliche Kooperation, Bedarfsorientierung, ausgerichtet auf Bildung nachhaltiger Strukturansätze.

3. Welche neuen Schnittstellen zwischen militärischer und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit sind entstanden?

➤ Auf Mandatsebene: integrierte Mandate mit sicherheits- und entwicklungspolitischen Zielsetzungen (amerikanische PRT).

- Auf der Ebene der Akteure: Das Militär übernimmt neue Aufgaben im Bereich von humanitärer Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit.
- Auf der Ebene der Aktionen: angrenzende oder überschneidende Tätigkeitsbereiche von zivilen militärischen Akteuren (z.B. Entwaffnung und Wiedereingliederung, Sicherheitssektorreform, Durchführung und Absicherung von Wahlen, so z.B. in Afghanistan zusätzliche 2000-Mann starke Election Support Force für Parlamentswahlen im Sept. 2005)
- Auf Ebene der Finanzierung: z.B. im Nov. 2003: Einrichtung einer Peace Facility for Africa mit Mitteln aus dem Europäischen Entwicklungsfonds zur Finanzierung nicht-ziviler Friedensmissionen in Afrika; März 2005: Anpassung der ODA-Reporting Directives in den Bereichen Sicherheitssektorreform, zivile Krisenprävention, Friedensentwicklung, Konfliktlösung und Kleinwaffen.

4. *Wie schätzen Sie – vor diesem Hintergrund – die Chancen und Grenzen des bestehenden Instrumentariums von CIMIC ein? Welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten sehen Sie, dieses Instrumentarium weiter zu entwickeln und zu optimieren?*

- Wir sehen die Notwendigkeit, dass sich das Militär auf seine Kernkompetenzen konzentriert und im Sinne von komparativen Vorteilen die Entwicklungszusammenarbeit denjenigen Akteuren überlässt, die in diesem Bereich über die entsprechende Expertise verfügen.

5. *Inwieweit ist die Strategie von CIMIC, durch vertrauensbildende Maßnahmen die Sicherung des Truppenumfeldes zu erreichen, in der Vergangenheit erfolgreich gewesen?*

- In Kunduz und Faisabad (Afghanistan) ist aus unserer Sicht eine erhöhte Akzeptanz der Truppenpräsenz durch CIMIC nicht erreicht worden. Dagegen hat sich die Sicherheitslage in diesen beiden Provinzen verschlechtert, was zum einen mit der Drogenkriminalität, einer zunehmend geringeren Akzeptanz der Regierung und andererseits den Destabilisierungsbemühungen so genannter „antigovernmental elements“ zu tun hat.

6. *Wie bewerten Sie angesichts der besonderen Einsatzbedingungen in Afghanistan das deutsche Modell der Provincial Reconstruction Teams (PRT) als eine besondere Form von CIMIC?*

- PRT sind keine besondere Form von CIMIC (siehe Einleitung, Seite 1).
- Unter den gegebenen Umständen ist das deutsche Drei-Säulen-Modell den anderen PRT-Modellen vorzuziehen.

7. *Wie wirkt sich die Präsenz der PRT in Afghanistan auf die Arbeit der zivilen Entwicklungsorganisationen aus? Welche Instrumentalisierungsrisiken und Konkurrenzsituationen sind unter Umständen vor Ort gegeben?*

- Aus Sicht der zivilen Akteure hat das „zivile Auftreten“ der Militärs (und zwar auch deutscher Militärs!), vor allem die Verwendung weißer, ungekennzeichneter Fahrzeuge dazu geführt, dass militärische und humanitäre Akteure kaum noch zu unterscheiden sind („blurring“). Angesichts der so genannten „integrierten“ PRT,

bei denen oft auch keine räumliche Trennung zwischen den Akteuren gegeben ist (z.B. USA), wird es für Außenstehende zunehmend schwierig, zwischen den verschiedenen Akteuren und ihren Agenden zu unterscheiden.

➤ Damit werden auch die Hilfsorganisationen, denen es ihrerseits nicht gelingt, sich ausreichend und glaubwürdig vom Militär abzusetzen (z.B. durch das Umspritzen weißer Hilfsfahrzeuge oder die Verwendung lokaler Mietfahrzeuge, so wie es bereits Caritas, aber auch z.T. der Deutsche Entwicklungsdienst oder die Deutsche Welthungerhilfe tun) in den Sog des Vertrauensverlustes auf Seiten der Bevölkerung hineingezogen.

8. Welche Aufgaben sollten CIMIC-Einheiten übernehmen, wenn zivile Entwicklungsorganisationen aufgrund fragiler Sicherheitsverhältnisse nicht tätig werden können?

➤ Grundsätzlich sollte sich Militär auf originär militärische Aufgabe beschränken: Schaffung eines sicheren Umfeldes; Übernahme von humanitären Aufgaben nur in absoluten humanitären Notfällen. Wenn es keine andere Option gibt, sollte der Einsatz des Militärs unter ziviler Kontrolle; daneben unterschiedliche Vorschläge:

- Entminung, Entwaffnung
- Reform des Sicherheitssektors (Aufbau lokale Polizei/ Militär)
- Drogenbekämpfung
- Hilfe für IDPs in Südpfeil

➤ Verzicht des britischen Militärs auf CIMIC *hearts and minds*-Aktivitäten im Norden hat gezeigt, dass CIMIC auch aus militärischer Sicht nicht immer erforderlich ist.

9. Welche konkreten Schritte sind notwendig, die zu einer stärkeren Einbindung der PRT in eine kohärente sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Gesamtstrategie führen?

➤ Wir bejahen das PRT-Modell nicht grundsätzlich.

gtz

gtz Postfach 5180 • 65725 Eschborn

Sekretariat des Ausschusses für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung
Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Deutscher Bundestag
Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschussdrucksache
Nr. 16(19)125

24. Oktober 2006

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht
Unser Zeichen A/314
E-Mail Jasper.Abramowski@gtz.DE

Telefon 061 96 79-1760
Telefax 061 96 79-80-1760
Datum 23. Oktober 2006

Öffentliche Anhörung des AwZ zum Thema „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ am 25.10.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihre Bitte geben wir gerne unsere Stellungnahme zu den Fragen in den beiden uns übersandten Listen mit, soweit sie die GTZ als staatliche Durchführungsorganisation betreffen:

A. Vorschlagsliste der Abgeordneten Riemann-Hanewinkel und Weigel

Zu 1.

Es wird auf die politische Zuständigkeit der Bundesregierung zu dieser Frage verwiesen.

Zu 2.

Aus operativer Sicht hat sich ein koordiniertes Agieren unter einer gemeinsamen Steuerung bei klarer Definition von Komplementaritäten und ansonsten Eigenständigkeit der Sektoren bewährt. Die derzeitigen Erfahrungen in Afghanistan sollten systematisch aufgearbeitet werden, um zu einer Weiterentwicklung des Modells beizutragen.

Zu 3.

Die Frage nach den Schnittstellen zwischen militärischer und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit ist sehr weitgehend und reicht weit über den Kontext von CIMIC im engeren Sinn hinaus.

Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn/Deutschland
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79 11 15
Tx 40 75 01-0 gtz d
E info@gtz.de
I www.gtz.de

Sitz der Gesellschaft Eschborn/Taunus

Amtsgericht Frankfurt am Main
Eintragungs-Nr. HRB 12394
USt-Id.Nr. DE 113891176
Steuernummer 040 250 56970

Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Staatssekretär Erich Statler

Geschäftsführer
Dr. Bernd Eichenblätter
Wolfgang Schmitt

Commerzbank AG Frankfurt am Main
BLZ 500 400 00
Konto 50 08 555 00
BIC (SWIFT): COMDEFF333
IBAN: DE45 5004 0006 0508 0555 00

Schnittstellen mit CIMIC gibt es im Rahmen von Friedenseinsätzen der Bundeswehr, in denen CIMIC-Einheiten der Bundeswehr sog. *Quick Impact Projects* im Bereich *force protection* bzw. Akzeptanzerhöhung und die Entwicklungszusammenarbeit humanitäre Maßnahmen bzw. Maßnahmen der Entwicklungsorientierten Nothilfe durchführen. Zur Verbesserung des Abstimmungsprozesses erscheint eine intensivere Qualifizierung des Personals auf Arbeitsebene über die gegenseitigen Ziele, Strategien, Arbeitsweisen und Verfahren wünschenswert. Dabei muss der klare Unterschied zwischen militärischen Aufgaben der CIMIC-Einheiten und zivilen Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit für alle Akteure deutlich sein. Denn unterschiedliche Mandate führen zu deutlich unterschiedlichen Zielen, Strategien und Arbeitsprinzipien bei zivilen und militärischen Akteuren.

Eine andere Form einer Schnittstelle zwischen CIMIC im engeren Sinn und der Technischen Zusammenarbeit stellt die Konkurrenzsituation bei der Akquisition von (auch staatlichen) Finanzmitteln dar, wie sie insbesondere auf dem Balkan aufgetreten ist. Insofern muss auch den Finanziers die unterschiedliche Aufgabenstellung von CIMIC und der Technischen Zusammenarbeit verdeutlicht werden.

Darüber hinaus gibt es auch jenseits von CIMIC im engeren Sinn Schnittstellen zwischen militärischer und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Die GTZ führt seit Jahren Projekte durch, bei denen die Zusammenarbeit mit Militär zentral ist oder sich aus der praktischen Arbeit vor Ort ergibt. Diese Projekte reichen von der Demobilisierung und Reintegration von Ex-Kombattanten in Afrika bis zu Baumaßnahmen für die Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan. Für die Technische Zusammenarbeit werden 3 Formen der zivil-militärischen Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Auftraggebern und Partnern unterschieden:

- Die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr erfolgt im Rahmen von Friedenseinsätzen der VN oder ähnlichen internationalen Mandaten, die von der Bundesregierung unterstützt werden (v.a. integrierte *Peacekeeping* und *Peacebuilding Missionen*);
- Multilaterale Organisationen sind dort Auftraggeber, wo in komplexen Notsituationen militärische Elemente des *Peace-keeping* und der Entwicklungsorientierter Nothilfe gemeinsam koordiniert werden. Beiträge von VN Organisationen wie UNHCR werden nicht selten in enger Abstimmung und unter Schutz von Blauhelmen geleistet.
- Im Rahmen von Projekten der Krisenprävention und von *Good Governance* ist häufig auch die Einbindung des nationalen Militärs der Partnerländer notwendig und erwünscht. Beispiele sind die Unterstützung von Reformen im Sicherheitssektor sowie der Aufbau von regionalen *Peacekeeping*-Kapazitäten (z.B. Beratung des *Peace Support and Training Centre* in Kenia und des *Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre* in Ghana). Hier können Maßnahmen des Militärs, wie die Demobilisierung von Kombattanten oder die Qualifizierung neu strukturierter Armeen, mit Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, wie die Reintegration von Ex-Kombattanten in das Zivilleben und die Wirtschaft oder die Verbesserung einer parlamentarischen Kontrolle über den Sicherheitssektor, verknüpft werden, ganz im Sinne eines internationalen Verständnisses von der Reform des Sicherheitssektors wie von der OECD/DAC entwickelt



Im Rahmen von Friedenseinsätzen ergeben sich die nachfolgenden Schnittstellen mit der Bundeswehr:

- a) Koordination und Harmonisierung von humanitären Maßnahmen bzw. Maßnahmen der Entwicklungsorientierten Nothilfe (s.o.).
- b) Zusammenarbeit bei der Umsetzung von Maßnahmen der zivilen Krisenprävention aus Mitteln des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“.
- c) Fachliche Unterstützung: Auf der Basis eines Auftragsverhältnisses können mit Mitteln der Technischen Zusammenarbeit Unterstützungsmaßnahmen für die Bundeswehr im Ausland durchgeführt werden, beispielsweise der Aufbau von Infrastruktur oder auch die Qualifizierung von Truppen für zivile Schnittstellen ihres Einsatzes in Post-Konfliktländern.

In der Vergangenheit hat das BMVg die GTZ mit dem Bau bzw. der Sanierung von Liegenschaften, die die Bundeswehr in den Einsatzländern nutzt, beauftragt und dabei insbesondere folgende Ziele verfolgt:

- Nutzung der bestehenden Strukturen und Erfahrung der GTZ in den Einsatzländern;
- Nutzung des lokalen Markts über die GTZ, um Kosten zu senken und arbeitsplatzschaffende Maßnahmen (Beschäftigung und Qualifizierung) zu erzielen;
- Einbindung der fachlichen Kompetenz der GTZ insbesondere bei der Planung der Infrastruktur im Hinblick auf eine mögliche zivile Anschlussnutzung.

Entsprechend des Afghanistan-Konzepts der Bundesregierung sollten zusätzliche Optionen geprüft werden, wie mit Beratung der Technischen Zusammenarbeit die entwicklungspolitische Wirkung der verteidigungspolitischen Ausgaben verstärkt werden kann, beispielsweise durch eine vermehrte lokale Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen durch die Bundeswehr im Einsatz. Auch im Hinblick auf den Baubereich könnten entwicklungspolitische Wirkungen durch eine mehr lokal angepasste, nicht an deutsche Standards ausgerichteten Bauweise verstärkt werden.

Zu 4.

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen.

Zu 5.

Nach unserer Beobachtung besteht derzeit eine hohe Akzeptanz der Bundeswehr in der Bevölkerung Nord-Afghanistans. Diese hat sich beispielsweise in Hinweisen der Bevölkerung ausgedrückt, die zu einer Vereitelung von Anschlägen geführt haben. Ob auch CIMIC-Maßnahmen einen Beitrag zur Stärkung der Akzeptanz der Truppe geleistet haben, kann nicht beurteilt werden.

Entscheidend für die weitere Akzeptanz der Bundeswehr dürfte sein, ob es gelingt, die Stabilität aufrechtzuerhalten und sicher zu stellen, dass durch Handlungsweisen von Soldaten nicht (unwissentlich) Konfliktpotenzial in einer Region erhöht wird (sogenanntes „do no harm“ Prinzip).

**Zu 6.**

Das deutsche PRT-Modell mit der gleichberechtigten Stellung der zivilen und militärischen Elemente hat sich nach anfänglichen Schwierigkeiten inzwischen bewährt. Die Entsendung von BMZ- und AA-Koordinatoren an die PRTs wirkt sich auf den notwendigen intensiven Koordinierungsprozess positiv aus. Da die räumliche Trennung vom Rest des Landes extrem ist, müssen starke regionale Entwicklungsprozesse einen positiven Entwicklungsschub fördern und unterstützen. Ansonsten droht die Unterstützung der Bevölkerung auszubleiben, da die nationalen Ministerien und die nationalen Programme des Wiederaufbaus zu weit entfernt sind und zu lange dauern, bis sie in den fernen Winkeln der Distrikte greifen. Hier ist eine starke praktisch agierende EZ-Präsenz mit politischer Koordination gefragt und richtig. Die Zusammenarbeit auf Arbeitsebene vor Ort verläuft inzwischen zumeist erfolgreich. Letztlich hängt der Erfolg jedoch von den handelnden Akteuren auf allen Seiten ab und verlangt eine sehr hohe Abstimmungsbereitschaft sowie Akzeptanz der jeweiligen Kompetenzen. Allerdings erschwert die häufige Rotation der Akteure eine kontinuierliche Zusammenarbeit.

Zu 7.

Das deutsche PRT trägt dazu bei, dass auf Arbeitsebene vor Ort der Prozess für einen abgestimmten Ansatz zwischen den jeweiligen Instrumenten begonnen wird. Im Übrigen sehen wir in der Aufgabenstellung von CIMIC und der der Technischen Zusammenarbeit keine Konkurrenzsituation. Zwischen den entwicklungspolitischen Aufgaben und den CIMIC-Zielen der Bundeswehr, die vor allem dem Schutz der eigenen Truppe und erst in zweiter Linie dem nachhaltigen Wiederaufbau dienen soll, gibt es Unterschiede und Schnittstellen. Als Mindestforderung ist daher ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch von elementarer Wichtigkeit. Im Idealfall sollte daraus ein abgestimmtes, koordiniertes Handeln hervorgehen.

Zu 8.

CIMIC-Einheiten der Bundeswehr können aufgrund ihrer Truppenstruktur, fehlender entwicklungspolitischer Fachkenntnisse sowie des in der Regel nur kurzfristigen, oder für kurzfristige Zeit erneuerten, Mandates grundsätzlich die auf Nachhaltigkeit, strukturelle Unterstützung und Langfristigkeit orientierte Entwicklungszusammenarbeit nicht ersetzen. Wie zu Frage 3 bereits dargelegt, handelt es sich um zwei sehr unterschiedliche Ansätze mit dahinterliegenden unterschiedlichen Philosophien. Insofern sind grundsätzlich CIMIC und EZ nicht kompatibel und austauschbar, sondern im besten Fall komplementär.

Allerdings können CIMIC-Einheiten im Rahmen ihrer insgesamt begrenzten Möglichkeiten bei der Abwesenheit von Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich zweierlei tun:

- mit kleinen, gezielten und sehr praxisorientierten Maßnahmen im Gefolge einer Konflikt- oder Kriegssituation zumindest punktuell bei der Bevölkerung für unmittelbare Vertrauensbildung in den Wert einer Friedensordnung sorgen (beispielsweise durch Brunnenbau, Wiederaufbau zerstörter Schulen); und



- mit dem gesamten Agieren der Truppe dafür sorgen, dass bei der Bevölkerung ein subjektives Sicherheitsempfinden verbessert wird (selbst wenn objektiv eine Bundeswehreinheit die Sicherheit nur begrenzt verbessern kann). Dabei ist allerdings ebenso in allen Fällen dafür Sorge zu tragen, dass Handlungsweisen einer CIMIC-Einheit, wie auch einer Bundeswehreinheit insgesamt, nicht (unwissentlich) Konfliktpotenzial in einer Region erhöhen (sogenanntes „do no harm“ Prinzip).

B. Vorschlagsliste der Abgeordneten Koczy und Hänsel

Zu 1.

Zivile Mittel müssen bei der Bewältigung einer Krisensituation grundsätzlich Vorrang haben, so dass sich die Bundeswehr auf ihre Kernaufgaben beschränkt, d.h. keine Tätigkeiten im klassisch entwicklungspolitischen Aufgabenbereich durchführt – dies allein auch deshalb, weil die Bundeswehr nicht über den erforderlichen Sachverstand zur Beurteilung entwicklungspolitisch sinnvoller Maßnahmen verfügt.

Zu 2.

Auf die Antwort zu Frage 6 der Vorschlagsliste der Abgeordneten Riemann-Hanewinkel und Weigel wird verwiesen.

Zu 3.

Auf die Antwort zu Frage 5 der Vorschlagsliste der Abgeordneten Riemann-Hanewinkel und Weigel wird verwiesen.

Zu 4.

Die GTZ ist am Aufbau der afghanischen Polizei nicht beteiligt.

Zu 5.

Auf die Antwort zu Frage 7 der Vorschlagsliste der Abgeordneten Riemann-Hanewinkel und Weigel wird verwiesen.

Zu 6.

Diese Aussage können wir aus der Erfahrung der Zusammenarbeit in den Provinzen, in denen die GTZ tätig ist, nicht bestätigen. Die EZ ist bislang nur dort tätig, wo ein halbwegs geregelter inner-afghanischer Frieden greift. Aus Sicht der GTZ sind ein gewisser Grundfrieden sowie die Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung Grundvoraussetzungen für einen Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit.

Zu 7.

Nach unserer Beobachtung besteht zwischen der Gefährdung von Hilfsorganisationen und der Verzahnung beider Politikfelder kein unmittelbarer Zusammenhang. Die Risiken sind vielmehr abhängig von der allgemeinen Sicherheitslage und hängen davon ab, ob die EZ-Maßnahmen in enger Abstimmung mit den lokalen Machthabern konzipiert und unter Einbeziehung der Bevölkerung umgesetzt werden.

Zu 8.

Die GTZ hat bislang keinen direkten Militärschutz durch die Bundeswehr in Anspruch genommen; dieser ist nur für den absoluten Notfall vorgesehen. Die Bundeswehr unterstützt die GTZ allerdings in Sicherheitsfragen, indem sie Auszüge aus ihrer Lagebeurteilung sowie aktuelle Sicherheitswarnungen weiterleitet und über konkrete Schutzmaßnahmen berät.

Zu 9.

Die GTZ führt ihre Programme nicht unter Militärschutz durch (s.o. Antwort zu Frage 8.). Im übrigen trägt nach unserer Einschätzung die bloße Präsenz der ISAF-Truppen zu einer Entschärfung des inner-afghanischen Konflikts in der Nordregion bei.


Zu 10.

Es findet lediglich ein Informationsaustausch über die Sicherheitslage statt.

Mit freundlichen Grüßen

Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit
(GTZ) GmbH


Hoffmann
Stellv. Bereichsleiter
Planung und Entwicklung


Dr. Abramowski
Abteilungsleiter
Bauwesen

Dr. Ute Finckh-Krämer, Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung:

Mündliche Stellungnahme für die öffentliche Anhörung von Sachverständigen am 25.10.2006

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich möchte mich zunächst kurz vorstellen. Ich bin Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung, eines friedenspolitischen Fachverbandes, der für aktive gewaltfreie Konfliktbearbeitung auf allen Ebenen der Gesellschaft eintritt. Also von Familie und Schule bis hin zum Handeln in internationalen Konfliktsituationen. Mein Verband ist zwar an internationalen Projekten in Konfliktgebieten beteiligt, aber nicht in Afghanistan. Von Beruf bin ich Mathematikerin, derzeit im Bereich der Informationstechnik tätig.

Gewaltfreiheit stellt für meinen Verband sowohl ein Ziel als auch ein Mittel dar. Vor der Überlegung, welche Mittel in der Bearbeitung eines Konflikts eingesetzt werden können, steht für uns die Analyse des Konflikts. Wer sind die Akteure, welche Stärken und Schwächen haben sie, was sind ihre Interessen und Bedürfnisse, Einstellungen und Werte, mit welchen strategischen und taktischen Mitteln und welchen Methoden verfolgen sie ihre Ziele, wie nehmen sie sich selber wahr und wie die anderen Akteure. Ich gehe davon aus, dass sowohl im BMVg als auch im DIE oder bei der Welthungerhilfe Verfahren zur Konfliktanalyse eingesetzt werden, wenn auch vielleicht mit etwas anderen Schwerpunktsetzungen als in meinem Bereich. Auch in politischen Auseinandersetzungen sind solche Analysen üblich – fragen Sie einen Wahlkampfmanager Ihres Vertrauens.

Beim Durcharbeiten der Fragen zur heutigen Anhörung ist mir aufgefallen, dass sich keine einzige Frage auf die Analyse des Konflikts und der Konfliktparteien bezieht. Es geht allein um ein Mittel – die zivil-militärische Zusammenarbeit. Ich möchte deswegen am Beispiel Afghanistan mit einigen Stichworten zum Konflikt, den verschiedenen Akteuren und ihren Interessen beginnen und dann vor diesem Hintergrund das Mittel zivil-militärische Zusammenarbeit bewerten. Zuletzt möchte ich auf einige grundsätzliche Probleme, die sich bei Anwendung dieses Mittels unabhängig von der konkreten Situation stellen, eingehen.

Beginnen wir mit den Akteuren. Da haben wir nationale Akteure – die Bevölkerung und lokale Machthaber, die Neo-Taliban, die afghanische Zentralregierung. Dazu die Stammesführer aus dem halb-autonomen Grenzgebiet zu Pakistan. Und die internationalen Akteure: Einerseits die militärischen – die Streitkräfte von „Enduring Freedom“ und die als Friedenstruppe unter UN-Mandat, aber NATO-Befehl agierenden Streitkräfte der ISAF, die seit dem „Umflaggen“ von US-amerikanischen Einheiten Anfang dieses Monats zahlenmäßig die Koalitionstruppen übersteigen. Weitere Akteure sind die Regierungen der Länder, die zu den jeweiligen Truppenkontingenten betragen. Es gibt Interessen der Regierungen bzw. Machthaber der Nachbarländer. Und die von staatlichen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit, von internationalen Organisationen wie dem UNDP und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – und schließlich die der zahlreichen NGOs.

Ebenso zahlreich wie die Akteure sind deren Interessen und Strategien. Für unser Thema im Vordergrund stehen: die Überlebensinteressen der Bevölkerung, die größtenteils in bitterster Armut lebt, nicht nur von Krieg und Bürgerkrieg, sondern auch von Hunger und Krankheiten bedroht, mit hoher Sterberate. Und die Interessen bzw. Strategien der militärischen und staatlichen Akteure, die Sicherheitsbelange, Aufbau des Zentralstaats und die Bekämpfung von Drogenanbau und als terroristisch eingestuft Gruppen als vorrangig ansehen.

Die Situation in Afghanistan ist nach einer ausführlichen aktuellen Studie des in London ansässigen Think-Tanks SENLIS Council durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

- Die Streitkräfte von „Enduring Freedom“ und der ISAF können nicht zwischen Neo-Taliban, ihren Unterstützern und „normaler“ Zivilbevölkerung unterscheiden, die lokale Bevölkerung aber wohl. Umgekehrt kann die Bevölkerung Afghanistans nicht zwischen den verschiedenen Streitkräften und ihren unterschiedlichen Zielsetzungen unterscheiden, weiß also z.B. nicht, dass bestimmte US-Truppen oder britische Truppen Mohnfelder abbrennen, deutsche ISAF-Truppen aber nicht. Sie haben – durch den Einsatz diverser Spezialkräfte, zu denen auch Kräfte der deutschen KSK gehören, und wegen der zunehmenden Vermischung ziviler und militärischer Aktivitäten – auch zunehmend Schwierigkeiten, zwischen Hilfsorganisationen, staatlich-zivilen Aufbauhelfern und Soldaten zu unterscheiden.
- Die afghanische Bevölkerung nimmt wahr, dass die eigene Regierung praktisch nicht dazu in der Lage ist, ihre elementarsten Grundbedürfnisse zu erfüllen und dass die zahlreichen internationalen Akteure dazu auch nur örtlich oder zeitlich begrenzt beitragen.
- Die afghanische Bevölkerung nimmt auch wahr, dass die zentralstaatlich-afghanischen und die ausländischen Akteure Eigeninteressen verfolgen, die – im Extremfall auf für sie lebensbedrohliche Art und Weise – ihren eigenen Interessen und Grundbedürfnissen widersprechen. Sie erleben täglich das, was wir aus Statistiken und Zahlen ablesen können: Dass mit Abstand am meisten Geld (von 2001 bis 2006 aus dem US-Haushalt insgesamt über 80 Milliarden \$, dazu geringere Beträge aus anderen Ländern) in die Militäroperationen von „Enduring Freedom“ fließt. Dass auch in den US-Mitteln, die als „Development“ klassifiziert werden (gut 7 Milliarden \$ im gleichen Zeitraum), Antidrogen- und Antiterrorkampfmaßnahmen einen Schwerpunkt bilden.
- Die wichtigsten Bedürfnisse der Menschen werden auf lokaler Ebene erfüllt. Wir lernen hierzulande gerade, welche Folgen es hat, wenn kommunale Strukturen nicht mehr funktionieren. In armen Ländern ist die Abhängigkeit von lokalen Strukturen ungleich höher als in Industrieländern.
- Jede nicht nur kurzfristig wirksame Hilfeleistung setzt ein Anknüpfen an den Erfahrungen der Menschen, den vorhandenen Strukturen, Fähigkeiten und Kapazitäten voraus. Diese zentrale Erkenntnis der EZ wurde in Afghanistan sträflich vernachlässigt.

Die SENLIS-Studie macht zahlreiche konkrete Vorschläge. Dazu gehört ein einziger Vorschlag, der in Richtung zivil-militärischer Zusammenarbeit geht: Ermöglichung von humanitärer Hilfe und Unterstützung von Hilfsorganisationen bei der Versorgung der Bevölkerung in den unmittelbaren Kampfgebieten mit Hilfsgütern und medizinischer Hilfe. Diese Empfehlung bezieht sich aber gerade nicht auf die Gebiete, in denen die Bundeswehr tätig ist, sondern auf die Regionen im Süden und Osten des Landes. Die Empfehlungen, die sich auf das ganze Land beziehen, raten zu einer Neuausrichtung des Wiederaufbaus an den grundlegenden Bedürfnissen der Armen, zur Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in Planung und Durchführung des Wiederaufbaus und schlagen vor, demokratische Institutionen von der lokalen Ebene aus unter Berücksichtigung und ggf. Nutzung lokaler Systeme sozialer Kontrolle aufzubauen.

Es geht in Afghanistan derzeit also um eine grundlegende politisch-strategische Neuausrichtung der internationalen Akteure. Hierfür wäre eine intensive Zusammenarbeit notwendig, bei der militärisches, entwicklungs- und außenpolitisches Spezialwissen genutzt werden und eine Einigung über miteinander verträgliche Ziele und Methoden herbeigeführt werden muss. Dies fällt allerdings nicht unter die „zivil-militärische Zusammenarbeit“, über die wir heute reden. Diese konnte und kann die gravierenden Probleme, die sich aus einander widersprechenden Zielen und Handlungsweisen verschiedener Akteure in

Afghanistan ergeben haben, nicht abmildern, geschweige denn lösen.

Friedensprozesse erfordern mittelfristig ein gleichberechtigtes Fördern von Sicherheit, staatlicher Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung bzw. einer Basisversorgung der Bevölkerung mit überlebenswichtigen Dingen. In Afghanistan standen und stehen die ersten beiden Faktoren im Vordergrund, auf Kosten des dritten Faktors. Für das deutsche ISAF-Kontingente wird ein Vielfaches dessen ausgegeben, was an BMZ-Mitteln für den Aufbau in Afghanistan bereitsteht. Das hat mit dazu beigetragen, dass die Sicherheitslage sich in diesem Jahr verschlechtert statt verbessert hat („nicht ruhig und nicht stabil“ auch im Einsatzgebiet des BW-ISAF-Kontingents). Zu den Hauptzielen der zunehmenden Anschläge gehören nationale und internationale Sicherheitskräfte und Regierungsvertreter. Die deutschen PRTs, arbeiten zwar mit einem eigenen Konzept, aber im Rahmen des NATO-Operationsplans für die ISAF. Aus diesem ergibt sich ein klarer Fokus auf Sicherheitspolitik inkl. der Unterstützung von Maßnahmen zur Reform des Sicherheitssektors (Militär und Polizei) und klassischer militärischer Präsenz- und Erkundungsaktivitäten.

Über die konkrete besonders komplexe Situation in Afghanistan hinaus zeigen sich einige grundsätzliche Probleme einer zivil-militärischen Zusammenarbeit im Sinne von CIMIC, die ich kurz skizzieren möchte:

- Die jeweiligen Konfliktparteien können nicht mehr klar zwischen (bewaffneten) Soldaten und (unbewaffneten) Zivilisten unterscheiden, daraus kann sich ein erhöhtes Risiko für die zivilen Fachkräfte ergeben, weil sie als potenziell bedrohlich wahrgenommen werden – oder weil eine Situation besteht, in der ausländische Soldaten und deren vermeintliche oder tatsächliche Unterstützer zu bevorzugten Anschlagzielen werden.
- Die zivilen Akteure sind in der Gefahr, nicht mehr als neutral wahrgenommen zu werden.
- Die zivilen Akteure werden von den militärischen Akteuren, mit denen sie im Rahmen von CIMIC oder PRTs zusammenarbeiten, abhängig. Sie müssen damit rechnen, dass für CIMIC vorgesehene Ressourcen aus militärischen Erwägungen heraus abgezogen werden, ohne dass sie auf diese Entscheidung Einfluss haben.
- Der aus militärischen Erwägungen heraus unabdingbare schnelle Wechsel des militärischen Personals steht im Widerspruch zur Erkenntnis, dass konkrete Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung für mehrere Jahre konstante Bezugspersonen braucht. Nicht umsonst betragen typische Einsatzzeiten in der Entwicklungszusammenarbeit zwei oder drei Jahre.
- Wer selber auf den Schutz durch Bewaffnete vertraut, kann nur schwer vermitteln, dass Bewaffnete ihre Waffen abgeben sollten. Und wer Soldaten mit Aufgaben betraut, die aus unserem Verständnis einer demokratischen Gesellschaft heraus zivile Aufgaben sind, kann nicht mehr vermitteln, warum im Einsatzland hierfür zivile Strukturen aufgebaut werden sollen.

Benutzte Quellen und Zitate/Stichworte daraus:

SENLIS-Studie: Afghanistan Five Years Later: The Return of the Taliban.
http://www.senliscouncil.net/modules/publications/014_publication/

CRS Report for Congress: The cost of Iraq, Afghanistan, and Other Global War on Terror Operations Since 9/11
<http://www.fas.org/sqp/crs/natsec/RL33110.pdf> eingesehen am 20.10.2006

S. 13: Angabe von 88 Milliarden US-\$ als Schätzung für die US-Gesamtkosten für Operationen in Afghanistan in den HH-Jahren 2001 – 2006 („war-related funds appropriated for defence, foreign operations and VA medical costs“)

S. 17: Davon entfielen 7,4 Milliarden auf „Foreign and Diplomatic Funds“ (Wiederaufbau, Training von Sicherheitskräften, Wirtschaftshilfe, Antidrogenkampf, Antiterrorkampf, Justizsektor, Katastrophenhilfe etc.)

UNDP Country Programme Action Plan 2006 . 2008 für Afghanistan

http://www.undp.org.af/media_room/archives/key_docs/docs/UNDP_Afg_CPAP_2006_2008.pdf

S. 5/6: Von 23 Millionen Einwohnern leben 70% unter der Armutsgrenze von 2\$/Tag. Durchschnittliche Lebenserwartung 44,5 Jahre (etwa 20 Jahre unter der der Nachbarländer). Müttersterblichkeit eine der höchsten der Welt, Rang 173 von 178 im „Human Development Index“.

S. 7: Ungleiche Verteilung der Entwicklungshilfe zwischen Kabul und dem Rest des Landes.

Afghanistan-Informationen des AA:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Afghanistan/HumanitaereHilfeUndWiederaufbau.html>

„250 von 1000 Kindern erreichen das 5. Lebensjahr nicht“

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Afghanistan/Bilateral.html#7>

Informationen zur „Führungsrolle Deutschlands beim Wiederaufbau der afghanischen Polizei“

Webseite des BMZ zu Afghanistan:

<http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/afghanistan/zusammenarbeit.html>

„Auf den Konferenzen in Tokio (2002) und Berlin (2004) hat Deutschland für den Zeitraum von 2002 bis 2008 pro Jahr 80 Millionen Euro für den Wiederaufbau zugesagt. Davon entfallen jährlich etwa 50 Millionen Euro auf die Leistungen des BMZ.“

Bundeswehr-Beschreibung von CIMIC in Afghanistan:

<http://www.streitkraeftebasis.de>

„Polizeistationen in Afghanistan“

Die deutschen CIMIC-Kräfte der International Security Assistance Force (ISAF) sind besonders bei der Schaffung von Infrastruktur für die afghanische Polizei gefordert, da Deutschland "Leadnation" für den Aufbau funktionierender Polizeistrukturen in Afghanistan ist. So wurden bislang 10 Projekte polizeilicher Infrastruktur abgeschlossen – beispielsweise durch die Sanierung von Polizeistationen. Außerdem werden unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der eingesetzten Soldaten ("Force Protection") Projekte im Bereich der sozialen Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen oder Krankenhäuser durchgeführt. Beim regionalen Wiederaufbauteam (Provincial Reconstruction Team/PRT) in Kunduz trägt CIMIC zur Erstellung eines zivilen Lagebildes bei. Außerdem werden zum Schutz der Soldaten und zur Unterstützung der Bevölkerung kleine, unmittelbar durchführbare Projekte (Quick Impact Projects) verwirklicht. Der eigentliche Wiederaufbau fällt in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.“

Supreme Headquarters Allied Powers Europe: Operationsplan SACEUR 10302 (überarbeitete Fassung 1) ISAF vom Dezember 2005 (nicht im Internet verfügbar).

Stellungnahme zu den Fragen der Abgeordneten Koczy und Hänsel

1. Das Prinzip der Subsidiarität bestimmt, dass CIMIC-Projekte nur dann durchgeführt werden, wenn sich kein ziviler Träger findet. Inwiefern wird dieses Prinzip eingehalten? Worin liegen die Schwierigkeiten?

Hierzu verfüge ich über keine eigenen Information.

2. Funktioniert die vereinbarte klare Drei-Säulen-Trennung von militärischen, außenpolitischen und entwicklungspolitischen Elementen in der Praxis? Wie wird trotz Trennung eine Kohärenz dieser Elemente gewährleistet?

Auch dazu kann ich keine Angaben machen.

3. CIMIC-Maßnahmen verfolgen als flankierende Leistungen das Ziel der Erhöhung der lokalen Akzeptanz der Truppen. Wurde dieses Ziel erreicht?

Dito

4. Stichwort „fehlende Nachhaltigkeit“: Der Schwerpunkt der CIMIC in Afghanistan liegt im Aufbau der afghanischen Polizei. Welche Fortschritte gibt es in diesem Bereich? Warum wird diese Tätigkeit als „nicht nachhaltig“ bezeichnet?

Ein Blick auf die Darstellung des Themas auf <http://www.streitkraeftebasis.de> ergibt, dass dort im CIMIC-Rahmen „Projekte polizeilicher Infrastruktur“ durchgeführt wurden – „beispielsweise durch die Sanierung von Polizeistationen“. Das hat mit Nachhaltigkeit in der Tat nichts zu tun (mit dem Aufbau der afghanischen Polizei auch nur begrenzt).

Die eigentlichen Aktivitäten zum „Aufbau der afghanischen Polizei“ finden nicht unter dem Dach von CIMIC statt (Koordinator hierfür ist das AA).

5. Wie bewerten Sie die Vorbehalte gegenüber der zivil-militärischen Zusammenarbeit, die daran anknüpfen, dass das Militär sich nicht auf seine originären Aufgaben beschränke und sogar als Konkurrentin zu den Durchführungsorganisationen der EZ auftrete? Welche diesbezüglichen Erfahrungen gibt es in Afghanistan?

Vgl. meine Antwort auf die Fragen 4, 6 und 7 der Abgeordneten Riemann-Hanewinkel und Weigel.

6. Die Süddeutsche Zeitung vom 11.10. zitiert Bewohner der afghanischen Provinz Bamian mit den Worten: „Wir sind die Opfer unseres Friedens.“ Inwiefern ist festzustellen, dass Regionen, die nicht im Mittelpunkt bewaffneter Konflikte stehen, durch die zunehmende Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik aus dem Blickpunkt der Aufbauhilfe geraten? Wie (mit welchen Vorschlägen) reagieren die Durchführungsorganisationen der deutschen EZ auf diese Situation?

Zur ersten Frage ist zu sagen, dass in den Regionen, die derzeit im Mittelpunkt der Kämpfe stehen, insgesamt nach Angaben des SENLIS Council nicht mehr, sondern weniger Aufbauarbeit und humanitäre Hilfe möglich ist als in den nicht umkämpften Regionen. Nach Angaben des UNDP wird eher ein Ungleichgewicht zwischen Kabul und dem Rest des Landes beklagt.

Zur zweiten Frage kann ich dementsprechend nichts sagen.

7. Inwiefern lässt sich nach Einschätzung der Sachverständigen ein Zusammenhang zwischen der hohen Gefahrenlage für Entwicklungshelfer und der Verzahnung der Aufbauhilfe mit sicherheitspolitischen und strategischen Erwägungen herstellen?

Es besteht ganz eindeutig ein direkter Zusammenhang. Insbesondere, aber nicht ausschließlich durch die als Kombattanten auftretenden Streitkräfte, die im Rahmen von „Enduring Freedom“ operieren und die für die BewohnerInnen nicht klar von den ISAF-Kräften unterscheidbar sind.

8. Welche Erfahrungen haben EZ-Organisationen mit dem Militärschutz gemacht? Welche Vor- oder Nachteile hat es, statt des Militärschutzes auf den Schutz privater Sicherheitsdienste zurückzugreifen?

Zur ersten Frage habe ich keine Informationen. Die Antwort auf die zweite Frage hängt davon ab, ob ausländische private Sicherheitsdienste gemeint sind oder lokale Bewaffnete.

Im ersten Fall sehe ich nur Nachteile: Es gibt keinerlei Standards für Ausbildung und Vorbereitung solcher Kräfte, es ist unklar, wem sie eigentlich verantwortlich sind, und sie haben klare Eigeninteressen, die sich von denen der übrigen Akteure – die schon kompliziert genug sind – unterscheiden.

Im zweiten Fall wäre ein möglicher Vorteil, dass damit eine legale Verdienstmöglichkeit für ehemalige Kombattanten entstehen würde. Auch Orts- und Kulturkenntnis kann vorausgesetzt werden. Die Nachteile bestehen darin, dass damit das Ziel, in Afghanistan ein staatliches Gewaltmonopol herzustellen, gefährdet wird und damit auch der Wiederaufbau des Polizeisystems, der unter deutscher Federführung stattfindet.

9. Wäre es nach Einschätzung der Sachverständigen möglich, die Aufbauprogramme in Afghanistan rein zivil, also ohne militärischen Schutz, durchzuführen? Gibt es entsprechende Erfahrungswerte hinsichtlich der Sicherheitslage und Akzeptanz der zivilen Helfer/innen aus einzelnen Regionen, in denen kein militärischer Schutz gegeben ist?

Wenn diese Frage darauf abzielt, ob die derzeit bestehenden Aufbauprogramme auch bei einem kurzfristigen Abzug der ISAF weitergeführt werden könnten – das müsste in Bezug auf jedes einzelne Programm und jede einzelne Region geprüft werden. Die Beantwortung der zweiten Frage hängt m.E. eher von der Konzeption des jeweiligen Hilfsprojektes als von der Region ab. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die Tatsache, dass in Kundus bis 2003 zivile Aufbauprojekte ohne militärischen Schutz und ohne dass beteiligte AufbauhelferInnen zu Schaden kamen, durchgeführt wurden.

10. Haben die Sachverständigen Kenntnis von Situationen, in denen Entwicklungshelfer/innen als Informationszuträger/innen für das Militär in Anspruch genommen wurden, und wie sollen die Durchführungsorganisationen gegebenenfalls mit solchen Situationen umgehen?

Zur ersten Frage kann ich keine Auskunft geben. Zur zweiten verweise ich auf die Praxis des forumZFD, das für seine Friedensfachkräfte eine Informationsweitergabe an Militärs grundsätzlich ablehnt, weil dies von den einheimischen Partnern in der Regel als Vertrauensbruch angesehen wird und die Wahrnehmung der Friedensfachkräfte als vom Militär unabhängige Akteure gefährdet.

Stellungnahme zu den Fragen der Abgeordneten Riemann-Hanewinckel und Weigel

11. Wie hat sich das Verhältnis von Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik in den letzten Jahren verändert?

Wenn man Sicherheitspolitik im Sinne von „Human Security“ und nicht im Sinne von territorialer Sicherheit betrachtet, wurde seit 1998 durch die Etablierung des Zivilen Friedensdienstes als Fachdienst im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ein wichtiger Schritt getan, um menschliche Sicherheit als zentrale Aufgabe der EZ zu verankern. Auch die Erarbeitung und Veröffentlichung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung im Jahr 2004, die Bestellung eines Beauftragten hierfür und die Einrichtung des entsprechenden Ressortkreises haben dazu beigetragen, die Wechselwirkung zwischen Sicherheit und Entwicklung aufzuzeigen und den Weg für Maßnahmen und Projekte, die diese Wechselwirkung berücksichtigen, frei zu machen. Hier bleibt allerdings noch viel zu tun.

12. Welche unterschiedlichen Optionen stehen grundsätzlich für die Ausgestaltung des entwicklungspolitisch-militärischen Verhältnisses zur Verfügung?

Grundsätzlich gibt es – ohne eine Bewertung vorzunehmen – vier Optionen:

Erste Option: Klare Trennung

Zweite Option: Gleichberechtigte Zusammenarbeit da, wo gemeinsame Ziele identifiziert werden können

Dritte Option: Zusammenarbeit zur Verwirklichung entwicklungspolitischer Ziele unter klarer Führung der EZ

Vierte Option: Zusammenarbeit zur Verwirklichung militärischer Ziele unter klarer Führung des Militärs

13. Welche neuen Schnittstellen zwischen militärischer und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit sind entstanden?

Vgl. Antwort zu 1., zusätzlich CIMIC und PRTs (ohne Bewertung)

14. Wie schätzen Sie – vor diesem Hintergrund – die Chancen und Grenzen des bestehenden Instrumentariums von CIMIC ein? Welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten sehen Sie, dieses Instrumentarium weiter zu entwickeln und zu optimieren?

CIMIC ist aus meiner Sicht ein falscher Ansatz, weil das Hauptziel, die Sicherheit und Akzeptanz des Militärs zu erhöhen, mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen nichts zu tun hat. Dazu kommt die Tatsache, dass der ständige Wechsel des militärischen Personals und ihre verglichen mit entwicklungspolitischen Akteuren völlig unzureichende Ausbildung in interkultureller Zusammenarbeit sowie konstruktivem Umgang mit Konflikten einen langfristig wirksamen Beitrag der militärischen Seite zur Verwirklichung entwicklungspolitischer Ziele unmöglich macht. Die militärische Ausbildung und Denkweise ist eher eine Hürde als eine Hilfe für Menschen, die sich in die Bedürfnisse und Nöte der Bevölkerung von Konfliktgebieten eindenken müssen, um dort wirksam Hilfs- oder Aufbauarbeit zu leisten. Ich sehe daher keinerlei Notwendigkeit, dieses Instrumentarium weiter zu entwickeln.

15. In wieweit ist die Strategie von CIMIC, durch vertrauensbildende Maßnahmen eine Sicherung des Truppenumfeldes zu erreichen, in der Vergangenheit erfolgreich gewesen?

Angesichts der Tatsache, dass die Sicherheitslage in Afghanistan sich derzeit dramatisch zuspitzt, sollte eher über die Gründe für diese Zuspitzung nachgedacht werden.

16. Wie bewerten Sie angesichts der besonderen Einsatzbedingungen in Afghanistan das deutsche Modell der PRTs als eine besondere Form von CIMIC?

Die deutschen PRTs sind eingebettet in das Konzept der PRTs, das in der Anlage 1 zum Operationsplan SACEUR 10302 beschrieben ist. Daher müsste zunächst gefragt werden, welche Ziele die PRTs erfüllen sollen und wessen Interessen damit verfolgt bzw. wessen Bedürfnisse damit befriedigt werden und wessen Interessen bzw. Bedürfnisse u.U. Schaden erleiden. In dem Augenblick, in dem bei der lokalen Bevölkerung bzw. den lokalen Machtträgern der Eindruck entsteht, dass die von den PRTs tatsächlich oder vermeintlich verfolgten Ziele ihren Interessen oder Bedürfnissen entgegenstehen, wird die Arbeit sinnlos. Da, wo es gelingt, Projekte zu identifizieren, die im Interesse aller lokalen Akteure und Betroffenen sind, sollte eine rein zivile Trägerschaft vorgezogen werden – allein schon deswegen, weil sonst der – langfristig gesehen fatale – Eindruck entsteht, dass zivile Aufgaben in die Zuständigkeit von Soldaten fallen.

17. Wie wirkt sich die Präsenz der PRTs in Afghanistan auf die Arbeit der zivilen Entwicklungsorganisationen aus? Welche Instrumentalisierungsrisiken und Konkurrenzsituationen sind unter Umständen vor Ort gegeben?

Die Beantwortung der ersten Frage muss ich dem Experten der Entwicklungshilfe überlassen.

Ansonsten bestehen die Instrumentalisierungsrisiken und Konkurrenzsituationen, die überall dort entstehen, wo mehrere Akteure mit unterschiedlichen Zielen aktiv sind. Unterschiedliche Ziele ergeben sich alleine schon dadurch, dass Militär und Entwicklungsorganisationen um staatliche finanzielle Ressourcen konkurrieren (wobei das Militär in der Regel erheblich größere Ressourcen erhält). Also ist insbesondere die Konkurrenz um öffentliche Wahrnehmung durch die Geldgeber bzw. die öffentliche Meinung des Entsendelandes zu nennen, die Überbetonung des Beitrags der jeweils eigenen Gruppe im Falle positiver Entwicklungen– und die Schuldzuweisung für Misserfolge an die jeweils andere. Wenn andere konkurrierende Ziele hinzukommen, ergeben sich daraus weitere Risiken. Auch und gerade dann, wenn diese Ziele nur implizit verfolgt werden (z.B. eigene Sicherheitsinteressen).

18. Welche Aufgaben sollten CIMIC-Einheiten übernehmen, wenn zivile Organisationen auf Grund fragiler Sicherheitsverhältnisse nicht tätig werden können?

Es wäre zunächst zu fragen, was die Ursachen der „fragilen Sicherheitsverhältnisse“ sind. Solange dies nicht geklärt ist, lässt sich auch nicht beantworten, was überhaupt geleistet werden kann, geschweige denn, welche Aufgaben von wem übernommen werden können.

19. Welche konkreten Schritte sind notwendig, die zu einer stärkeren Einbindung der PRTs in eine koheränte sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Gesamtstrategie führen?

Diese Frage setzt implizit voraus, dass es eine „koheränte sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Gesamtstrategie“ für Afghanistan gibt. Das ist jedoch ganz offensichtlich nicht der Fall.